

TECHNIK UND KULTUR

Zeitschrift des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure



26. JAHRGANG

BERLIN, 20. AUGUST 1935

Nr. 8, S. 117—132



Prof. Dr. Achim von Arnim, Major a. D., SA.-Oberführer, Rektor der Technischen Hochschule Berlin:

Sozialismus im Zweiten und Dritten Reich

Festrede zur Feier des Reichsgründungstages am 30. Januar 1935 in der Technischen Hochschule Berlin*)

Am heutigen Tage liegt es uns ob, zweier Reichsgründungen zu gedenken, des Werkes Bismarcks und des Adolf Hitlers.

Dieser Anlaß verleitet zu vergleichender Betrachtung. Es sei daher das Thema „Sozialismus“ gewählt, der im 2. und 3. Reiche ein Kernproblem bildet.

Wie unterscheidet sich der nationale Sozialismus von dem Sozialismus des 2. Reiches, wie stellte sich Bismarck zur aufsteigenden Macht der Sozialdemokratie?

Einen Fingerzeig zur Beantwortung dieser Fragen gibt uns der Name, den die soziale Volksbewegung in der Zeit Bismarcks und Hitlers erhalten hat.

Die soziale Demokratie von einst steht dem heutigen nationalen Sozialismus gegenüber. Es ist oft hervorgehoben worden, daß die vergangene Sozialdemokratie mit der wirtschaftlichen und weltanschaulichen Bewegung des 19. Jahrhunderts, die man als Kapitalismus bezeichnet, aufs engste verbunden ist. Beide Richtungen, der in der SPD verkörperte Marxismus und der aus den liberalen Wirtschaftstheorien hervorgegangene Kapitalismus, haben ihre Grundlage in der Aufklärungszeit. Sie wurzeln im Naturrecht des 18. Jahrhunderts. Die Aufklärungsphilosophie hatte die sittliche Freiheit des Einzelmenschen betont. Dieser Freiheitsbegriff wurde verfälscht und in das politische und wirtschaftliche Leben übertragen. Die Folge war das schrankenlose „sich ausleben“ auf wirtschaftlichem Gebiete, das Absinken der Schwachen, der Aufstieg der wirtschaftlich Starken und Gerissenen, die Entstehung großer Kapitalien und großer Mengen ausgebeuteter und rechtloser Proletarier.

Echt liberal waren die Abhilfemittel, mit denen die herrschende höhere Gesellschaft, im Besitze des Geldes, der Bildung und der Macht, dem Schaden im Volke zu Leibe ging. Man wußte nichts anderes, als die materielle Lage des Arbeiters zu verbessern. Staat und Gesellschaft organisierten und brachten Vermögensopfer: Der Lebensstandard des Arbeiters sollte gehoben werden, und in der Tat ist das gelungen. Selten ist es dem Arbeiterstande so gut gegangen, wie um die Jahrhundertwende. Arbeitslosigkeit war kaum

bekannt. Jeder fleißige Arbeiter hatte die Möglichkeit, seine Kinder in die sogenannte höhere Schicht aufsteigen zu lassen, und dennoch ist die Unzufriedenheit allgemein gewesen. Wie das kam, soll nachstehend geschildert werden:

Sozialismus als Problem war für die Gesellschaft um die Mitte des 19. Jahrhunderts das Verhältnis der Arbeiterklasse zu den übrigen Schichten und umfaßte die Folgerungen und Fragen für Staat, Wirtschaft und öffentliches Leben, die durch das Aufkommen des vierten Standes entstanden. Das Aufblühen der Industrie, des Großgewerbes, schuf den Arbeiterstand; das alte Handwerkertum, innerhalb dessen Meister und Geselle den gleichen sozialen Schichten angehörten, löste sich auf oder bildete sich um.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer traten als sozial getrennte Stände auseinander. Von wenigen Unternehmern war eine große Masse von Arbeitern abhängig, wurde schlecht bezahlt und ausgenutzt. Das hing mit dem großen Angebot von Arbeitskräften zusammen. Dieser Ueberschuß kam daher, daß einmal die Sterblichkeit durch Hygiene und ärztliche Kunst zurückging, dann, daß die Maschinenarbeit die Handarbeit verdrängte und schließlich, daß die Bauernbefreiung und Mobilisierung des Bodens im Anfang des 19. Jahrhunderts viele Landleute in die Städte abwandern ließ. Die rücksichtslose Ausbeutung aller Arbeitskräfte, besonders die schlecht bezahlte Frauen- und Kinderarbeit, verbitterte die Massen. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung in den europäischen Staaten ungefähr um die Mitte des Jahrhunderts.

Die grauenvollen Zustände, die sich unter der Herrschaft liberalistischer Ideen in den englischen Fabriken entwickelt hatten, dienten Marx zur Grundlage seiner Angriffe, die er in der „Kritik der politischen Oekonomie“ und im „Kapital“ 1859 und 1867 vorbrachte. Seine Ideen fanden nicht in England, wohl aber in Deutschland und Rußland Eingang. Der englische Arbeiter war politisch geschult genug, um sich auf eine friedliche Weise seine Rechte zu erobern. Von Hegel her, wie Marx, kam auch der erste politische Führer der deutschen sozialistischen Bewegungen, Ferdi-

*) Mit freundlicher Erlaubnis des Autors und der Gesellschaft von Freunden der Technischen Hochschule Berlin nach deren Bericht wiedergegeben.

nand Lassalle. Marx hat ihn wenig beeinflußt, vereinzelt nur tauchen die Gedankengänge des Kommunistischen Manifests in Lassalles Werken auf, das „Kapital“ erschien erst drei Jahre nach Lassalles Tod.

Lassalle setzte als erster den Gedanken des Staatssozialismus in die politische Wirklichkeit um. In der Rede vor einem Berliner Handwerkerverein: „Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ vertrat er übereinstimmend mit dem Kommunistischen Manifest die Auffassung, daß nunmehr das Zeitalter angebrochen sei, in dem der vierte Stand zur Herrschaft komme, und zur Verwirklichung dieses Zustandes forderte er das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, also eine Beteiligung der Arbeiter am Staate, im Gegensatz zu Marx, der die Bekämpfung und Vernichtung des Staates überhaupt als einer kapitalistischen Einrichtung forderte. Lassalle bekämpfte nur den gegenwärtigen Staat, weil er einseitig die Interessen eines Standes vertrete.

Da in Preußen eben damals der Verfassungskampf ausgebrochen war und Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus bevorstanden, erlangte Lassalle keine größere öffentliche Wirkung, besonders da die Fortschrittspartei im Wahlkampf die lauteste Stimme führte. Immerhin wurde er von der Regierung angegriffen, die Rede wurde beschlagnahmt und er selbst zu einer Strafe von 4 Monaten Gefängnis verurteilt „wegen Aufreizung der besitzlosen Klassen“. Diese Strafe wurde jedoch in eine Geldstrafe umgewandelt. In seinen beiden Verteidigungsreden, die er drucken ließ, wies Lassalle auf die unterdrückte Lage der Arbeiterschaft hin und forderte Staatshilfe und Abschaffung der indirekten Steuern. Mit diesen Forderungen richtete sich Lassalle gegen die Fortschrittspartei, deren Hauptvertreter Schulze-Delitzsch war. Dieser vertrat den liberalen Gedanken der Wirtschaftsfreiheit und Unabhängigkeit vom Staat, sowie die Selbsthilfe der Arbeiter durch Kreditgenossenschaften, Hilfskassen und ähnliches. In dem „Offenen Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Leipzig“ 1863 vertrat Lassalle die Forderung des allgemeinen Wahlrechts. Er riet den Arbeitern, eine eigene Partei zu gründen. Nur durch politischen Einfluß könnten sie eine Verbesserung ihrer Lage erreichen, und dazu sei das allgemeine Wahlrecht nötig. Ferner schlug Lassalle die Gründung von Produktivgenossenschaften vor, in denen die Arbeiter gleichzeitig Unternehmer seien, und forderte hierfür die Staatshilfe, die aber nur dann gewährt werde, wenn die Arbeiter im Staate selbst mitzureden hätten. Mai 1863 begründete Lassalle den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, die erste politische Organisation der Arbeiter auf sozialistischer Grundlage. Aber als er schon im folgenden Jahre starb, hatte die Organisation erst 4610 Mitglieder.

Um das allgemeine Wahlrecht drehten sich auch hauptsächlich die Unterredungen, die

Bismarck mit Lassalle hatte. Bismarck war am 23. September 1862 zum Staatsminister und Ministerpräsidenten berufen worden und nahm den Kampf mit dem Abgeordnetenhaus in aller Schärfe auf. Das Abgeordnetenhaus war nach dem Dreiklassenwahlrecht zustande gekommen und versagte sich trotz Auflösung und Neuwahl den Wünschen des Ministeriums auf Erhöhung des Heeresatzes. So erwog Bismarck die Möglichkeit, einfach das allgemeine Wahlrecht einzuführen, das in Frankreich scheinbar sehr gute Erfolge gehabt hatte, da dort die Herrschaft Napoleons sich sehr wesentlich auf die Arbeiterklasse stützt. Bismarck hoffte, mit dem gleichen und direkten Wahlrecht die Volksmassen zugunsten des königlichen Regiments gegen das herrschende Bürgertum mobil machen zu können. Die Regierung sollte Kandidaten aufstellen, die Wahlen müßten öffentlich sein und den für diese Regierungskandidaten abgegebenen Stimmen wären auch die nicht abgegebenen Stimmen zuzuzählen. Auf diese Pläne konnte und wollte Lassalle nicht eingehen, ohne seine demokratische Ueberzeugung preiszugeben. Trotzdem hielt er ein Bündnis des Königtums mit den Arbeitern zur Bekämpfung des bürgerlichen Liberalismus für möglich. Vor allem setzte Lassalle große Hoffnungen auf Bismarcks deutsche Politik, und man hat deshalb seinen frühen Tod oft beklagt, da man meinte, er hätte der Arbeiterbewegung eine mehr nationale Färbung geben können. Die Verhandlungen mit Bismarck verliefen ergebnislos, der Gang der Ereignisse machte für Bismarck das allgemeine Wahlrecht vorläufig überflüssig, und an eine ernsthafte Behandlung und Lösung der sozialen Frage hat er damals wohl kaum gedacht.

Wegen seiner Unterhaltung mit Bismarck ist Lassalle sehr angegriffen worden. Er spielte gegenüber der Arbeiterschaft scheinbar ein zweiseitiges Spiel, als er sich dem ultra-reaktionären, junkerlichen Minister anschloß, dem damals bestgehaßten Mann in Deutschland. Lassalle tat es aus dem Gegensatz zur Fortschrittspartei heraus, und in dieser gemeinsamen Gegnerschaft fanden sich die beiden. Bismarck hat später geäußert, daß er immer bedauert habe, wenn die Unterhaltungen mit Lassalle zuende gewesen wären, er hob auch Lassalles Monarchismus hervor. Die Forschungen haben ergeben, daß die Idee einer Zusammenkunft von Lassalle ausgegangen ist. Den ersten Schritt zu einer Annäherung tat jedoch Bismarck, der Lassalle, kurz vor Gründung des Arbeitervereins, am 11. Mai 1863 zu sich rief. Die erste Zusammenkunft hat wahrscheinlich am 12. oder 13. Mai stattgefunden, sie drehte sich um die Steuerreform, da Lassalle für Aufhebung der indirekten Steuern eintrat, Bismarck dagegen war. Wie aus einem nachträglich an Bismarck gerichteten Schreiben hervorgeht, forderte Lassalle ein soziales, revolutionäres Königtum, um die Arbeiter für die Monarchie zu gewinnen, d. h. „Soziale Diktatur“.

Weitere Zusammenkünfte fanden dann im Januar 1864 statt. Jetzt diskutiert Bismarck

ernsthaft das allgemeine Wahlrecht, um die Opposition des Abgeordnetenhauses zu brechen. Lassalle wollte die Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts durchsetzen mit der Begründung, daß das herrschende Dreiklassenwahlrecht ebenfalls durch eine oktroyierte Verfassung 1849 zustande gekommen wäre. Bismarck lehnte die Oktroyierung zunächst ab, er war für schrittweises Vorgehen. Dazu gab Lassalle nicht die Hoffnung auf, Bismarck für seine Ideen zu gewinnen, besonders da er auf die deutsche Politik die größten Hoffnungen setzte. Aber Ende Februar hörte die direkte Verbindung Bismarcks mit Lassalle auf. Als Lassalle seine Kampfschrift: „Der Bastiat-Schulze“ Bismarck übersandte und gleichzeitig um eine Unterredung nachsuchte, wurde ihm durch K e u d e l l bedeutet, daß für die nächste Zeit keine Verhandlungen mehr stattfinden könnten. In der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof am 12. März aber setzte Lassalle die Unterhaltung mit Bismarck gewissermaßen vor der Öffentlichkeit fort, indem er die Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts für das kommende Jahr in Aussicht stellte. Daraus hat man geschlossen, daß Bismarck in der Erwägung des allgemeinen Wahlrechts doch schon sehr weit gegangen ist, und daß nur die sich wandelnde außenpolitische Situation ihm die Möglichkeit gab, ohne ein gefährliches innenpolitisches Experiment weiterzukommen. Zudem war er Realpolitiker und die bescheidene Gefolgschaft Lassalles bot ihm keine ausreichende Grundlage, um die Aenderung des Wahlgesetzes durchführen zu können. Die Kraft der sozialen Idee ist damals von Bismarck ebenso wie von vielen seiner Zeitgenossen gänzlich übersehen worden. In den folgenden Jahren verschwindet die soziale Frage nahezu ganz aus Bismarcks Gesichtskreis, der durch die Revolution von oben im Laufe der Jahre das Deutsche Reich baute. Dafür fielen in die Jahre bis 70 die Gründung und Ausbreitung der sozialdemokratischen Partei.

Unter marxistischem Einfluß stand die Tätigkeit Wilhelm Liebknechts und August Bebel's. Letzterer war der erste Arbeiter, der sich zu großer politischer Bedeutung in Deutschland heraufgearbeitet hatte. Ursprünglich war Bebel liberalfortschrittlich gesinnt, betätigte sich in Leipziger Arbeiterbildungsvereinen, trat jedoch 1868 mit dem von ihm gegründeten Arbeiterbund offen zu der von Marx und Engels gegründeten sogenannten Ersten Internationale über und begründete 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Im Norddeutschen Bund war diese Partei mit zwei Abgeordneten, Bebel und Liebknecht, vertreten. 1870 bei der Bewilligung der Kriegskredite stimmten die Lassalleaner geschlossen für die Bewilligung, Bebel und Liebknecht enthielten sich der Stimme. Einen Monat später kam es zu einer Verständigung zwischen Lassalleanern und Sozialdemokraten über die Rückgliederung Elsaß-Lothringens, das nur dann an Deutschland zurückfallen sollte, wenn die Bevölkerung es ausdrücklich wünschte. Zu einer vollen Verständigung zwischen den beiden sozialistischen Parteien kam es 1875 auf dem Gothaer Kongreß, wo sie

sich zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands vereinigten. Das Gothaer Programm war im wesentlichen marxistisch ausgerichtet, es enthielt die Forderungen auf allgemeines und direktes Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volkswehr, und die Lassalleschen Forderungen der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter demokratischer Kontrolle des arbeitenden Volkes. 1874 hatte die Sozialdemokratische Partei bei 351 000 Stimmen 9 Mandate erreicht, 1877 erlangten die vereinigten Parteien 493 000 Stimmen mit 12 Mandaten. Das Parteiprogramm enthielt den Satz, daß die Sozialdemokratische Partei mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat erstrebe. Trotzdem wurde die Partei allgemein als revolutionäre und umstürzlerische Bewegung betrachtet.

Auf Grund der beiden Attentate des Jahres 1878 brachte Bismarck das Sozialistengesetz ein, das mit mehreren Verlängerungen bis 1890 in Kraft blieb. Trotz der Verfolgungen und Unterdrückungen stieg die Zahl der Reichstagsmandate der SPD. 1878 auf 9, 1881 auf 12, 1884 auf 24, fiel 1887 auf 11 und erreichte 1890 35 Sitze bei anderthalb Millionen Stimmen. 1910 war die Sozialdemokratie mit viereinhalb Millionen Stimmen und 110 Mandaten die stärkste Partei im Reichstag. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde in Erfurt 1891 das bis 1921 geltende Programm angenommen, das die marxistischen Ideen vollkommen zur Herrschaft brachte, das Wort „gesetzlich“ verschwand, ebenso die Lassalleschen Forderungen: Produktivgenossenschaften und Staatshilfe.

Bismarck hatte schon 1876 in den Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches Ausnahmebestimmungen gegen die Sozialdemokratie hereinbringen wollen, war damit aber auf den Widerstand der Liberalen gestoßen. Da erfolgten 1878 kurz hintereinander die beiden Attentate auf Kaiser Wilhelm, und namentlich das zweite von Dr. Nobiling erregte den Abscheu und die Entrüstung der ganzen Welt. Die Attentäter hatten mit der Sozialdemokratie in Verbindung gestanden, jedoch ließ sich eine direkte Beteiligung der Partei nicht nachweisen. Bismarck nahm dies jedoch zum Anlaß, um den großen Schlag gegen die Sozialdemokratie zu führen. Im Mai, nach dem Hödel'schen Attentat, hatte er bereits einen Gesetzentwurf einbringen lassen; als dieser abgelehnt wurde, wurde der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen angesetzt. Unter dem Eindruck des zweiten Attentats wurde der Entwurf noch verschärft und gelangte im neuen Reichstag am 16. und 17. September zur Beratung. Bebel wies auf die Ungerechtigkeit hin, daß Bismarck jetzt die Sozialdemokratie vernichten wolle, die er einst für seine politischen Zwecke hatte brauchen wollen. Auch hätten die Sozialdemokraten stets ein gewaltsames Vorgehen abgelehnt und Tausende von ihnen hätten im Kriege 1870 für Deutschland gekämpft. Die Kombination der Konservativen und Nationalliberalen erreichte dann in der zweiten und dritten Lesung vom 9. bis 16. Oktober die Annahme des Gesetzes, das am 19. Oktober in Kraft trat. In Ausführung

dieses Gesetzes wurden 600 periodische und 1170 nicht periodische Druckschriften verboten, 26 Gewerkschaftsverbände aufgelöst und die Parteiorganisation zerstört. Ueber Großstädte wurde der kleine Belagerungszustand verhängt und damit die Möglichkeit gewonnen, die führenden Männer der Partei auszuweisen. Während der Dauer des Sozialistengesetzes wurden insgesamt 900 Ausweisungen durchgeführt, 1500 Personen kamen ins Gefängnis. Terroristische Ausschreitungen, die infolge der Beschränkung der Parteitätigkeit vorkamen, wurden von der Parteileitung in Zürich, später London, aufs schärfste gemißbilligt. Die Verfolgungen und kleinlichen Polizeischikanen erzogen die Führer zu einer streng autoritären Leitung und machten stramme Disziplin zur Notwendigkeit. Das Sozialistengesetz wurde zum Heldenzeitalter der Sozialdemokratie, trotz äußerer Bedrückung stieg die Zahl der Wähler und der Mandate fast ständig, freilich setzte sich der Haß gegen die bestehenden Zustände immer stärker in ihnen fest. Wie erinnert dieser Kampf an den der NSDAP. in den Unterdrückungsjahren!

Die Mißerfolge des Sozialistengesetzes waren für Bismarck um so unangenehmer, als er gleichzeitig seine große Sozialgesetzgebung begonnen hatte, die die seiner Ansicht nach berechtigten Beschwerden der Arbeiterschaft beseitigen sollte. Die von den sogenannten Kathedersozialisten: Schmoller, Lujo Brentano u. a. vorgeschlagene Verbesserung des Koalitionsrechtes zugunsten der Gewerkschaftsbewegung und gesetzlicher Arbeiterschutz fanden nicht Bismarcks Beifall. Dafür begann er auf dem Wege der Sozialversicherung einen Schutz der Arbeiter zu erreichen. 1883 wurde die Krankenversicherung Gesetz, 1884 folgte die Unfallversicherung, durch die auf Grund des öffentlichen Rechts durch besondere Unfalls-Berufsgenossenschaften Fürsorge geleistet werden sollte bei allen Unfällen. 1889 folgte das Gesetz über Invaliditäts- und Altersversicherung. Die ganze Versicherung war ein Zwang und erfaßte daher die gesamte Arbeiterschaft.

Der Erfolg, wie ihn sich Bismarck gedacht hatte, trat nicht ein. Die Verbitterung, die durch das immer noch geltende Sozialistengesetz herrschte, war zu groß. Die Arbeiter waren verstimmt, daß die soziale Frage einfach als Versicherungsproblem gelten sollte. Zudem verlangte man Erhöhung der Löhne und Abkürzung der Arbeitszeit, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Mitwirkung bei allen die Arbeiter betreffenden Einrichtungen.

Das Sozialistengesetz war inzwischen immer wieder um jeweils 2 Jahre verlängert worden, im Jahre 1890 mußte es ablaufen. Bismarck wollte es jetzt in ein dauerndes umwandeln mit erheblichen Verschärfungen und geriet darüber in Konflikt mit dem Reichstag. Nun dachte Bismarck daran, das allgemeine und gleiche Wahlrecht wieder aufzuheben. Auch erwog er Lösung der sozialen Frage durch Blut und Eisen, d. h. einen inneren Krieg, und wollte den nach seiner Meinung unvermeidlichen Kampf jetzt schon auf-

nehmen. Kaiser Wilhelm II. lehnte es ab, auf seine Untertanen schießen zu lassen, und für kurze Zeit wurde der Bruch noch einmal vermieden, indem Bismarck zwei kaiserliche Erlasse redigierte, die eine bessere Ausbildung der bis dahin immer abgelehnten Arbeiterschutzgesetzgebung versprachen. Durch die Entlassung Bismarcks am 18. März 1890 endete seine politische und praktische Wirksamkeit in Deutschland.

Es besteht heute kein Zweifel darüber, daß Bismarck in der Behandlung der sozialen Frage nicht geschickt gewesen ist. Der große Staatsmann und Diplomat, der Bändiger des fürstlichen Absolutismus und Partikularismus, der politische Soldat, war verwurzelt in der Tradition des preußischen Junkers der friderizianischen Zeit und des preußischen Beamten. Als Gutsbesitzer kannte er seine Bauern und Tagelöhner, die zum gnädigen Herrn mit altgewohntem Respekt aufblickten und zu dem die Herrschaft in patriarchalischem Verhältnis stand. 1848 hatte Bismarck daran gedacht, an der Spitze seiner Bauern gegen Berlin zu ziehen. Für das städtische Proletariat, für seine Intelligenz und seine tiefe Sehnsucht nach Anerkennung in der Volksgemeinschaft, konnte er kein Verständnis haben. Wir dürfen ihn nicht schmähen, daß er als echtes Kind seiner Zeit das Parteiwesen und Cliquengetriebe seiner Herrschaftsjahre nicht als Frucht der liberalistischen Lehren erkannte und daß er nicht in der Lage war, neben allen seinen anderen großen Aufgaben auch seine Zeit weltanschaulich zurechtzurücken.

Unsere Zeit kann sich des Lächelns kaum erwehren, daß man mit liberalen und demokratischen Mitteln wie Wahlrechtsreform, Senkung indirekter Steuern, Produktivgenossenschaften, Arbeitszeitverkürzung und Erhöhung der Tariflöhne den tiefen geistigen und seelischen Bedürfnissen des Volkes abzuhelfen suchte. In der Zeit nach Bismarcks Entlassung hat sich nichts geändert. Kaiser Wilhelm II. und Kaiserin Auguste Viktoria waren in ihrem Denken durchaus volksfreundlich und gütig, ebenso wie zahlreiche andere Männer der Regierung und des Bürgertums. Sie vermochten aber nicht gegen ihre Zeit aufzukommen und die Irrtümer einer ganzen Menschheitsperiode zu durchschauen und zu berichtigen. Eine Versöhnung der Millionenmassen des städtischen Proletariats mit dem von ihnen als Feind betrachteten Staate der Bürgerlichen und des Militärs hat nicht stattgefunden. Der tiefe Riß in unserer Nation, durch die Kriegsbegeisterung der ersten Jahre nur unvollkommen überbrückt, hat bewirkt, daß das deutsche Volk versagte, als es in den letzten Kriegsjahren auf eine Nervenprobe ankam. 1918 haben Millionen von Arbeitern und mit ihnen die junge Intelligenz geglaubt, es käme jetzt der Durchbruch zum Volksstaat. Daß dieses in einem geknechteten, entrechteten und entehrten Reiche möglich sei, diesen Glauben verdankten sie ihren jüdischen Führern, die allzuleicht zur Herrschaft gelangt waren, nachdem die herrschende Schicht des 2. Reiches fast ausnahmslos das Feld geräumt hatte.

Das 3. Reich lehnt die sozialistischen Methoden der vergangenen Periode in Bausch und Bogen ab. Der Nationalsozialismus hat mit der Demokratie alten Stils nichts mehr zu tun. Hatten wir früher einen Sozialismus mit Almosen und materiellen Abhilfen, so ist der heutige Sozialismus aus dem Geiste des Volkes geboren. Das Nationale des heutigen Sozialismus ist nicht zu verwechseln mit dem Hurra-Patriotismus der Vorkriegszeit. Es ist aufs engste verbunden mit dem Gemeinschaftsempfinden innerhalb des ganzen Volkes. Gewiß, auch heute ist es unsere vornehmste Aufgabe, die Lage der Unbemittelten, insbesondere des Arbeiterstandes, zu verbessern. Das sind Selbstverständlichkeiten! Das Wesentliche aber ist die Befriedigung der tiefen Sehnsucht der schollenentwurzelten Massen nach einer würdigen und von den übrigen Volksgenossen als gleichberechtigt anerkannten Lebensform. Neidlos sieht der unverbildete Teil der Arbeiterschaft auf die durch geistige Leistung begründete bessere Lebensart der bürgerlichen Schicht. Sie verlangen aber Kameradschaft und Achtung, sie verlangen Verständnis für ihre eigene Kultur, für ihre Sprache und ihre Sitten. Die derbe Ausdrucksweise des einfachen Mannes, die aus seiner engeren Welt entspringenden robusten Äußerungen des Lebenskampfes, dürfen nicht nach dem ängstlichen Maßstabe bürgerlicher Ueberfeinerung oder beamtenhafter Ueberheblichkeit beurteilt werden. Je größer die Naturnähe, desto triebhafter und natürlicher sind die Ausdrucksformen des Daseins. Daher verlangt der Führer, daß, wer sich über die Massen erheben, das Volk führen will, zunächst die Menschen kennen zu lernen hat, die ihm vertrauen sollen. Der Arbeitsdienst, bei anderen Völkern lediglich eine Maßnahme zur Behebung der Arbeitslosigkeit, ist bei uns die Schule für die Kinder der bürgerlichen Schicht, für das Verständnis und Fühlen der Arbeiterklasse. In dieser Schule wird der Sinn für folgende Tatsachen erschlossen:

Wie mit dem Elektronen-Mikroskop Kleinstes und bisher Unsichtbares erkannt wird, wie man mit der Zeitlupe Einzelheiten der Geschoßbahn oder des Vogelfluges wahrnimmt, so erwachsen aus dem Mikro-Kosmos im Leben unseres Volkes neue Erkenntnisse.

Wer zu 6 oder 8 Personen in einem Raume nebst einer Küche haust, dem entschwindet der Begriff Wohnung, die Straße flutet zu ihm herein und er zu ihr heraus. Er lebt unter anderen Bedingungen als wohlbehütete und geschützte Bürgerlichkeit. Wer in der Siedlung oder auf dem Lande in Lebensnähe mit der Natur und der Tierwelt steht, der hat eine natürlichere Moral, als der durch Literatur und Philosophie verbildete bürgerliche Stadtmensch. Seine Sprache ist derb aber deutlich. Er bringt seine Moral mit sich in die Stadt. Er hat eigene Begriffe von Ehre, Sitte und Recht. Ihm fehlen die Organe für die ästhetischen Wertschätzungen der Gebildeten, ebenso wie diesen das Verständnis abgeht, für die Bewertung der physischen Kraft, die sich im Volksleben brutal auswirkt. Jeder Arbeiter ist bedroht von plötzlich

eintretender Arbeitslosigkeit, von Hunger und Not. Das erzieht zu echter Kameradschaft und Solidarität der Massen. Die Seele denkt in Herdenbegriffen; für Individualismus ist kein Raum, da der einzelne im Daseinskampfe unterliegt. Wer diesen Kampf um das tägliche Brot mit seinen entnervenden Demütigungen beharrlich und stier-nackig durchzuführen gewohnt ist, den lassen Entbehrungen und Strapazen unempfindlich, die verwöhnte Körper zerstören! Geburt und Tod erschüttern nicht die Nerven! Das Leben opfert leichter für ein Ideal, wer nicht allzusehr an den Eintagsgenüssen der Oberschicht verhaftet ist. Wer dieses alles aus Erfahrung weiß, dem ist die Führung erleichtert. Er weiß, daß die Masse sich nach Führern sehnt, aber nur nach solchen, die nicht mit bürgerlichen Gesetzen und bürgerlicher Polizei, mit Drill und Vorgesetzten-Allüren ihre Autorität wahren wollen, sondern solchen, die mit einem Worte, einem Scherz, einer Miene, einer Gebärde 100mal mehr auf das Volk wirken, als es die korrekteste Beamtenweisung vermag. Eine solche Volksführung wird sich auch zu überlegen haben, ob es angängig ist, der gesunden Masse unseres Volkes Werte der verwöhnten Kapitalistenwelt zu vermitteln, Menschen, die in der Enge glücklich sind, die ihren kleinen Lebenskreis mit ihrer eigenen erdgebundenen Kultur erfüllen, ihnen in den Lichtspielhäusern eine seichte und lüsterne Flimmerwelt aus der sogenannten guten Gesellschaft vorzugaukeln und ihnen dadurch die wahren selbsterzeugten Werte zu verleiden, sie zur Geburteneinschränkung anzuregen und dadurch den ewig lebendigen Grundquell zu verstopfen, aus dem unsere Oberschicht auf dem Umwege über das behäbige Kleinbürgertum immer wieder ergänzt wird.

Daher darf kein Aufstieg in die Verwaltung, die Rechtssprechung oder das Lehrfach ohne gründliche Kameradschaftsschulung im Arbeitsdienst und in einem Lager erfolgen. Im Dritten Reich sind die führenden Stellen nicht mehr den höheren Ständen allein vorbehalten. Aus dem Volke heraus bildet sich eine neue Führerschicht, in den politischen Verbänden, in der HJ. und im Arbeitsdienst. Wer sich bewährt, steigt empor. Er wird nicht geduldet, sondern mit allen Mitteln gefördert. Versagt er, dann muß er verschwinden. Wenn aber seitens früher allein bevorzugter Volksklassen vielfach auf das Versagen mancher in den letzten Jahren aufgestiegener Nationalsozialisten hingewiesen wird, dann sei daran erinnert, wie wenige aus diesen Schichten am 9. November 1918 nicht versagt haben. Der Nationalsozialismus, wie ihn Adolf Hitler geprägt hat, ist ein seelisches Problem. Dieser Sozialismus muß das ganze Volk vom Untersten bis zum Obersten erfassen und durchtränken. Erschlafft unser Wollen und sinken wir zurück in eine satte, selbstgerechte Bürgerlichkeit, dann ist unser Kampf um Deutschlands Aufstieg verloren. Inmitten einer Welt von Feinden, mit offenen, ungedeckten Grenzen und unserem angeborenen Hang zur Zersetzung, Zwietracht, Klatsch und Ehrabschneiderei, gehen wir zu Grunde, wenn das Volk den Glauben an die Führung verliert.

Die straffste Wehrmacht, die stolze Tradition und das nationalste Bürgertum können uns nicht retten!

National ist heute Jeder,
Sozialismus ist die Parole, der Sozialismus

Adolf Hitlers! Er führt uns aus dem Dunkel des Gestern in das Licht eines neuen Tages:

„Horch, horch dem Sturm der Horen,
Tönend wird für Geisterohren
Schon der neue Tag geboren!“

Vom Arbeitsraum der Diplom-Ingenieure

Juli 1935

Gegenüber dem Vormonat¹ hat sich im verflossenen Monat Juli die Lage, wie vorauszusehen war, grundsätzlich nicht verändert. Nach wie vor ist die Nachfrage nach verhältnismäßig jungen Kräften lebhaft, während Diplom-Ingenieure in einem Lebensalter von über 40 Jahren immer noch wenig geschätzt scheinen.

In der Presse wird neuerdings von der Not der akademischen Jugend gesprochen²; dabei wird zwar in erster Linie auf die Universitätsberufe hingewiesen, aber in der breiten Öffentlichkeit kann dadurch leicht über die Lage des Ingenieurberufes ein falsches Bild entstehen. Im Ingenieurberuf liegen die Dinge wesentlich anders wie bei den Universitätsberufen, weil der technische Berufsträger den Beruf in der Hauptsache in der Industrie ausübt, wodurch sein Berufsschicksal von Faktoren abhängt, die bei den Universitätsberufen eine untergeordnete Rolle spielen.

Daß die Frage des wirtschaftlichen Ertrages der Ingenieurarbeit der jungen Diplom-Ingenieure eine befriedigende Lösung gefunden hätte, davon kann ebensowenig die Rede sein wie bei dem Nachwuchs der anderen wissenschaftlichen Berufsstände. Doch ist hier wenigstens die Eingliederung der jungen Diplom-Ingenieure in die praktische Berufsausübung, die bei anderen Berufen

Uebersicht I

Gesamtzahl der offenen Stellen für Diplom-Ingenieure in den einzelnen Monaten und Vierteljahren 1932 bis 1935.

Monat	1932	1933	1934	1935
Januar	67	104	300	480
Februar	78	134	350	466
März	66	144	343	484
Durchschnitt .	70	127	331	477
April	79	146	343	502
Mai	55	141	354	538
Juni	60	123	371	520
Durchschnitt .	65	137	356	520
Juli	66	122	396	541
August	91	149	410	
September . .	81	179	427	
Durchschnitt .	79	150	411	
Oktober	134	137	416	
November . . .	133	186	393	
Dezember . . .	117	193	395	
Durchschnitt .	128	179	401	
Ges.-Durchschn.	85	148	375	

¹ Technik und Kultur 26 (1935) 112—113.

² Technik und Kultur 26 (1935) 93—96.

Uebersicht II

Stellenangebote in den Hauptfachgebieten für Diplom-Ingenieure in den einzelnen Monaten und Vierteljahren 1933 bis 1935.

Monat	1933				1934				1935			
	A	B	Mw	St	A	B	Mw	St	A	B	Mw	St
Januar	18	5	62	19	41	43	184	32	58	53	309	60
Februar	20	16	64	34	85	49	180	36	28	61	329	48
März	30	15	68	31	51	47	209	36	44	58	327	55
Durchschnitt	23	12	65	28	59	46	191	35	43	57	322	54
April	16	24	79	27	24	46	231	42	20	71	363	48
Mai	17	17	71	36	32	50	234	33	26	64	394	54
Juni	15	15	63	30	23	70	234	44	22	93	357	48
Durchschnitt	16	18	71	31	26	55	223	41	23	76	371	50
Juli	28	8	66	20	29	52	276	39	18	73	380	70
August	23	16	90	20	51	78	251	30				
Septemb.	26	32	88	33	54	59	252	62				
Durchschnitt	26	18	81	24	45	63	259	44				
Oktober	21	25	86	25	42	67	269	38				
Novem.	22	29	105	30	24	72	244	53				
Dezemb.	28	27	107	31	22	47	254	72				
Durchschnitt	24	27	99	29	29	62	256	54				
Ges. Durchsch.	22	19	79	28	40	57	235	43				
Jbr. Durchsch.	148				375							

brennend ist, augenblicklich und voraussichtlich auch für die kommenden Monate außer Diskussion. Dafür bleibt aber die Wiedereingliederung der älteren Berufsträger das aktuelle Problem. Und seine Lösung muß mit allen Kräften betrieben werden..

Es könnte schon längst, wenn nicht ganz gelöst, so doch an Schwere wesentlich verloren haben, wenn im technischen Berufskreis unter den Berufsträgern eine stärkere Berufsverbundenheit vorhanden und die Zersplitterung der Berufsstandsgenossen nicht eine so große wäre! Und in dieser Hinsicht liegt es an den Diplom-Ingenieuren selbst, eine Aenderung herbeizuführen und damit zur Lösung dieser brennenden Frage beizutragen.

Demnächst soll das „Altersproblem“ eingehender behandelt werden. Aber durchschlagende Erfolge können nur erzielt werden, wenn jeder Berufskamerad, der dazu in der Lage ist, sich dafür einsetzt, daß bei der Einstellung von Arbeitskräften, wo es nur angängig ist, ältere Fachgenossen herangezogen werden. Es darf im neuen Staat nicht das engere wirtschaftliche Interesse der Firma, des Betriebes usw. allein ausschlaggebend sein!

Die Uebersichten I und II geben in der üblichen Weise Auskunft über die Arbeitsraumlage im Monat Juli 1935 im Vergleich zu den Vormonaten und den Vorjahren. Man erkennt, daß wesentlich im Maschinenwesen eine weitere Zunahme der Nachfrage zu verzeichnen war (und hier insbesondere der eigentliche Maschinenbau) sowie im Gebiet der Stoffwirtschaft, wo die Anforderung

von Chemikern und Hüttenleuten lebhafter geworden ist, während im Bergbau immer noch geringer Bedarf an Kräften vorhanden ist. Mit insgesamt 541 gemeldeten offenen Stellen hat der Monat Juli die bisher höchste Zahl erreicht.

Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz.

Von unseren Hochschulen

Dozentennachwuchs, Assistentenfrage: Der Reichserziehungsminister hat in einem Erlaß Maßnahmen getroffen, um die Auswahl und Sicherstellung des Dozentennachwuchses zu regeln. Alle Stellen der Hochschulen sollen daran mitwirken, und zwar nicht nur dadurch, daß ungeeignete Kräfte rechtzeitig ferngehalten werden, sondern in viel stärkerem Maße als bisher durch eine positive Auslese unter den wissenschaftlich und charakterlich Geeigneten. Für die Durchführung dieser Aufgabe wird der Rektor als Führer der Hochschule voll verantwortlich gemacht. Unbeschadet dessen wird die Sorge für den Dozentennachwuchs als das Hauptaufgabengebiet des Leiters der Dozentschaft bezeichnet.

Da ein großer Teil des Dozentennachwuchses nach Lage der Dinge aus den an den Hochschulen tätigen Assistenten hervorgeht, bestimmt der Minister, daß der Leiter der Dozentschaft bei jeder Einstellung von planmäßigen und nichtplanmäßigen Assistenten, sowie bei deren Amtszeitverlängerung maßgeblich beteiligt wird. Der Minister weist in seinem Erlaß noch darauf hin, daß es keinesfalls mehr vorkommen dürfe, daß Verlängerungsanträge nur deshalb gestellt werden, weil dem Lehrstuhl ein Wechsel des „eingearbeiteten“ Assistenten unbequem ist, oder weil dem Assistenten die Sorge um den Uebertritt in eine andere Stellung abgenommen werden soll. Das Problem der überalterten Assistenten könne nur gelöst werden, wenn die Lehrstuhlinhaber sich dem Nachwuchs verantwortlich fühlen.

NS-Dozentenbund: Durch eine Anordnung des Stellvertreters des Führers ist der bisherige NS-Dozentenbund als Untergliederung des NS-Lehrerbundes aufgelöst wor-

den. An seine Stelle tritt ein neuer NS-Dozentenbund, dem nur die im Lehramt (einschließlich Assistenten) an den Hochschulen tätigen Parteimitglieder angehören. Dieser neue NS-Dozentenbund ist Gliederung der NSDAP und darf von seinen Mitgliedern keine Beiträge erheben.

Der NS-Dozentenbund und der NS-Studentenbund stellen gemeinsam die offizielle Parteigliederung an den Hochschulen dar; beide sind in ihrem Arbeitsbereich selbständig, haben aber aufs engste zusammenzuarbeiten. Dabei kommt in allgemeinen hochschulpolitischen Fragen, die nicht nur studentische Belange betreffen, dem NS-Dozentenbund die Führung zu.

Zum Reichsamtseiter des NS-Dozentenbundes wurde Professor Dr. Walter Sch ul z e, München, ernannt.

Im Anschluß an die Anordnung des Stellvertreters des Führers wurde Reichsamtseiter Dr. W. Sch ul z e vom NS-Lehrerbund zum Fachschaftsleiter der Fachschaft I (Hochschulen) in den NS-Lehrerbund und damit in dessen Reichsamtseitung berufen. Analoge Regelung zwischen NS-Dozentenbund und NS-Lehrerbund wird in den Gauen durchgeführt.

Reichsamtseiter Dr. W. Sch ul z e ordnete zur Sicherstellung der Zusammenarbeit zwischen NS-Dozentschaft und NS-Lehrerbund an, daß sämtliche Mitglieder des NS-Dozentenbundes Mitglieder des NS-Lehrerbundes sein müssen.

BA Clausthal: In der Zeit vom 14. bis 26. Oktober 1935 findet im Metallographischen Institut unter Leitung von Professor Dr. Merz ein metallographischer Ferienkurs statt, und zwar in täglich 3 Stunden Vorlesungen und 4 Stunden praktischen Uebungen. — Anfragen sind zu richten an das Metallographische Institut der Bergakademie Clausthal-Zellerfeld I.

TH Berlin: Die Stelle eines Direktors und Professors des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Silikatforschung in Berlin-Dahlem wurde dem o. Professor für Mineralogie Dr. W. Eitel übertragen, der 1926 an die TH Berlin berufen worden war.

Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz in Berlin:

Berufsfragen der Ingenieure

Der ungelösten Fragen im Ingenieurberuf und darüber hinaus im technischen Berufskreis gibt es viele; brennende, wichtige und weniger wichtige. Und solche Einzelfragen werden da und dort, in dieser oder jener Berufsgruppe, dem einen oder anderen Organisationskreis aufgegriffen und erörtert. Sicher ist man sich dabei darüber klar, daß eine zweckhafte Lösung — zweckhaft im Sinne der den neuen Staat beherrschenden Grundsätze — all dieser Einzelfragen nicht erreicht werden kann ohne die Lösung des Grundproblems, das hier oft genug aufgezeigt wurde. Ohne klare und straffe Zusammenfassung des Berufskreises ist die Mobilisierung der geistigen Kräfte nicht zu erreichen, die nötig ist, um die Einzelfragen fruchtbringend für das Ganze in ihrem Zusammenhang untereinander und als Funktionen des Ganzen einer Lösung zuzuführen.

Aber deshalb ist es nicht abwegig und nutzlose Arbeit, solche Einzelfragen in aller Offenheit zu erörtern. Denn dadurch wird viel zur Klärung beigetragen, und es werden brauchbare Unterlagen geschaffen für eine zielbewußte künftige Entwicklung, Bausteine zusammengetragen, um das Fundament für das zu bauende Haus zu

legen. Nur muß bei der Erörterung solcher Fragen das Gesamtproblem nicht aus den Augen verloren werden und über allem der Leitgedanke stehen, durch die Gestaltung des Berufes, durch seine Einordnung in Volk und Staat zuerst dem Volksganzen zu nützen.

Unter diesen Gesichtspunkten sollen hier solche „Ingenieur-Fragen“ aufgezeigt und behandelt werden, auch um die Erörterung in Fluß zu halten.

I.

Nachwuchs.

Die Frage des Ingenieurwachstums umfaßt selbst wieder eine Vielzahl von Einzelfragen. Schalten wir hier zunächst einmal die Ausbildung, Hochschulfragen, Fachschulfragen usw. aus, so können die übrigen Einzelfragen in zwei große Gruppen zusammengefaßt werden: „Qualitäts“- und „Quantitäts“-Fragen.

Die Qualitätsfrage, d. h. der Eintritt befähigster und berufener junger Kräfte in die Berufsausbildung, steht naturgemäß im Vordergrund, ist wichtiger an sich als die Quantitätsfrage, die aber nicht, wie später zu erörtern sein wird, ohne Einfluß auf die erstere ist.

In einer sehr beachtlichen Veröffentlichung sagt¹ O. Stäbel, daß für die Berufswahl einzig und allein die Eignung zu dem erwählten Beruf maßgebend sein müsse und daß „die Frage des Ingenieur Nachwuchses also in erster Linie eine Frage der Auslese und der Auswahl der jungen Studierenden ist“. Damit ist natürlich das Kernproblem herausgestellt, dessen Lösung für die Höhenlage des Ingenieurberufes und für die künftige Entwicklung von Ingenieur und Technik entscheidend ist.

Es ist wohl heute die Ueberzeugung Allgemeingut (von einigen „Unentwegten“ und „Unbelehrbaren“ darf man ruhig absehen), daß der Bestand von Volk und Staat und die kulturelle wie materielle Höherentwicklung entscheidend von der weiteren Entwicklung von Ingenieur und Technik abhängen. Deshalb gewinnt auch im nationalsozialistischen Staate das Nachwuchsproblem eine ausschlaggebende Bedeutung.

Das Kernproblem ist: wie stellt man die Eignung (Begabung) fest und wie kann und soll die Auslese erfolgen? Darüber ist schon viel Tinte verschrieben worden, und Berufene und noch mehr Unberufene haben sich besonders in der Zeit nach dem Kriege damit befaßt. Der Grund dafür ist sehr einfach: es gibt dafür keine allgemein anwendbare Formel oder ein zuverlässiges Verfahren, und es wird wohl niemals ein solches geben. Wir erinnern uns dabei der heftigen Auswirkungen, die das während des Krieges von Bethmann ausgesprochene Wort „Freie Bahn den Tüchtigen“ erzeugt hat und wie dieses Wort zum „Schlagwort“ wurde und einer demagogischen Ausbeutung verfiel. Es löste die Bemühungen eines „geistigen Stammtisches“ (W. Kübler²) aus, die sich in einem Buche³ niederschlugen; in dem mit starkem Aufwand mehr oder weniger freiwillig eingestanden wurde, daß es „so ziemlich an allem fehle“ (Kübler), um die Begabung festzustellen.

Damit offenbart sich die Utopie einer Planwirtschaft auf dem Gebiete der Eignung für einen bestimmten Beruf. Eine solche setzt voraus, die Begabung für einen Beruf sehr frühzeitig einwandfrei zu erkennen. Und da dies nach der Natur der menschlichen Entwicklung unmöglich ist, bleibt nur der Ausweg, die Berufswahl so weit als möglich in höheres Alter zu verlegen, in dem sich normalerweise besondere Befähigungen erkennen lassen bzw. sich entwickelt haben. Aufgabe des allgemeinbildenden Schulwesens ist es, die allgemeinen und besonderen Anlagen des jungen Menschen zu wecken und soweit als möglich zur Entfaltung zu bringen. Freilich, das Leben hat gezeigt, daß die Erkenntnis der wirklichen Begabung, der eigentlichen Berufung in sehr vorgeschrittenem Lebensalter, lange nach Verlassen der Schulbank sich einstellen kann. Aber für Ausnahmen kann man nun einmal keine Regeln schaffen. Und es hat sich ja auch gezeigt, daß solche Menschen sich dann auch noch durchgesetzt haben. Nur macht man dann oft den Fehler, auf solche Ausnahmefälle hinzuweisen mit dem warnend erhobenen Finger: seht, wie wenig die Schule und deren Beurteilung besagt; denn in

den und den Fächern hat er in der Schule schlecht abgeschnitten und gerade in diesen Fächern ist er ein großer Mann geworden! Andererseits weiß man ja nicht, in wieviel mehr Fällen die Schule recht behalten hat.

Es bleibt kein anderes Mittel nach unserem heutigen Stande der Erkenntnis, als für die Berufsausbildung eine bestimmte schulige Ausbildung allgemeiner Art zur Voraussetzung zu machen, wobei diese Vorbildung geeignet sein muß, alle im jungen Menschen steckenden Fähigkeiten zu wecken und zu befruchten.

Für den Nachwuchs der Hochschulingenieure, für das Studium der Ingenieur an den Technischen Hochschulen, kann man, wie bei jedem Beruf, eine bestimmte Anzahl von Forderungen aufstellen, denen der Nachwuchs mindestens genügen muß. Diese Mindestforderungen müssen einmal eindeutig herausgestellt werden.

Bisher war seit nunmehr rund 36 Jahren allgemein für das Ingenieurstudium die Reifeprüfung an einer (9-klass.) Höheren Schule zur Voraussetzung gemacht. Die Frage ist schon länger umstritten, ob diese Forderung berechtigt ist oder nicht. Sie war nicht umstritten vor dem Kriege, und es wird niemand die Behauptung aufstellen können, daß der durchschnittliche Ingenieur Nachwuchs jener Zeit nicht höheren Anforderungen gewachsen war. Die Entwicklung von Ingenieur und Technik, die Weltgeltung deutscher Erzeugnisse würde zu solcher Behauptung in einem unlösbaren Widerspruch stehen.

Damit ist aber nicht gesagt, daß der Weg über die Höhere Schule der allein richtige und mögliche ist. Denn richtig ist zweifellos, was hierzu Stäbel sagt⁴: „Voraussetzung zum technisch-wissenschaftlichen Studium, wie es die deutschen Technischen Hochschulen heute vermitteln, ist eben eine ganz besondere wissenschaftliche Begabung, und diese Begabung wird nicht ohne weiteres durch einen mehr oder weniger erfolgreichen Abschluß auf einer Höheren Schule nachgewiesen.“ Die Frage bleibt nur die, wie soll diese Begabung nachgewiesen werden? Denn um allzuvielen Fehlleitungen zu vermeiden, müßte die Entscheidung vor dem Studium und nicht erst während des Studiums herbeigeführt werden.

Ernstlich kann eines nicht bestritten werden, daß die Höhere Schule der Vorkriegszeit einen hervorragenden und bestimmten Anteil an den Leistungen auf allen kulturellen Gebieten hat. Darüber haben wir erst jüngst⁵ gewichtige Stimmen verschiedener Berufsträger gehört. Sicher hat sich manches gegenüber früher an den Höheren Schulen geändert, denn an ihnen ist sehr stark experimentiert worden. Es liegt im Wesen des Individualismus, alle Gebiete aufzuspalten und zu spezialisieren. So entwickelte sich die Höhere Schule von ihrem ursprünglichen Ideal immer weiter zur „Spezialschule“ mit mehr oder weniger scharfem Blick auf einen künftigen Beruf, auf ein bestimmtes Berufsstudium; damit gab sie sich den Charakter als Unterstufe für die Hochschule, und ihr Reifezeugnis wurde nicht mehr erachtet als Zeugnis für eine allgemeine geistige Reife und abgerundete allgemeine Bildung, sondern als „Hochschulreife“ jeweils für eine bestimmte Berufsgruppe. Durch diese Entwicklung setzte eine gewisse Fehlleitung ein, indem für spätere bestimmte Berufsbildung eine Entscheidung vielfach schon in einem Lebensalter erfolgte,

¹ Dr.-Ing. O. Stäbel: Zur Frage des Ingenieur Nachwuchses. — Rundschau Technischer Arbeit (RTA) 15 (1935) Nr. 29 vom 17. Juli 1935, S. 5 (Beilage „Der Jungingenieur“).

² Prof. Dr. W. Kübler: Der Aufstieg der Begabten. Zeitschr. d. VDDI 8 (1917) 1—4.

³ Der Aufstieg der Begabten. Vorfagen. Im Auftrag herausgegeben und eingeleitet von Peter Petersen. Berlin und Leipzig: B. G. Teubner 1916.

⁴ a. a. O.

⁵ Monatsschrift für Höhere Schulen. Herausgegeben von Ministerialdirigent Dr. M. Löpelmann. H. 6, 1934.

in dem die eigentümliche Begabung des jungen Menschen noch nicht erkannt werden konnte.

Das eigentliche Ziel der Höheren Schule hat⁶ K. Endell mit den Worten eines Amerikaners gekennzeichnet, der meinte „... daß wir Deutschen unsere Siege in Industrie, Handel und Wissenschaft der gründlichen allgemeinen Bildung, der strengen Schulung des Geistes und des Willens zuschreiben müßten, die unser höheres Bildungswesen, unsere Gymnasien vor allem, dem jungen Manne mitgeben, ehe er Ingenieur, Chemiker, Kaufmann, Industrieller werde“.

Bei der zielbewußten Schulpolitik im neuen Staat ist damit zu rechnen, daß die Höhere Schule einen klaren Weg einschlagen wird, um ihren besonderen Zweck im Rahmen des Bildungswesens wirkungsgradlich erfüllen zu können, indem sie an ihren „wesentlichen Eigenschaften“ anknüpft, denen „die großen kulturellen Leistungen des deutschen Volkes im verflommenen Jahrhundert zu verdanken sind“ (Löpelmann).

Für die „Qualität“ des Nachwuchses der Hochschulingenieure ist entscheidend die Begabung und Fähigkeit zu wissenschaftlichem Arbeiten; das bedingt die Entwicklung derselben, und dazu ist in erster Linie die Höhere Schule berufen. Die Begabung allein tut es nicht; zum wissenschaftlichen Studium gehören grundlegende Kenntnisse allgemeiner Art, die sich außerhalb einer geregelten und disziplinierten Schule anzueignen nur in Ausnahmefällen gelingt. So wird man wohl im Regelfalle für den Nachwuchs an der erfolgreichen Durchlaufung der Höheren Schule festhalten müssen. Und entschieden ist gegen die da und dort erhobene Unterstellung Front zu machen, daß die Forderung der Reifeprüfung als Vorbedingung zum Studium einem⁷ äußeren Geltungsbedürfnis entsprungen sei, aus „Standesrücksichten“ geboren wurde. Für die Forderung der Reifeprüfung im Regelfalle sprechen durchaus sachliche Gründe, und⁸ die „Primanerjahre“ lassen sich nicht durch „Flickwerk“ ersetzen.

Es liegt im wohlverstandenen Interesse von Volk und Staat, daß nicht die Anforderungen hinsichtlich allgemeinen Wissens und der allgemeinen geistigen Durchbildung vermindert werden. Ihre Verminderung würde eine Niveausenkung des Ingenieurberufes und damit eine weitere Einengung seines Berufsraumes bedeuten und sich zum Schaden der künftigen Entwicklung der für die Gesamtheit lebenswichtigen Grundbedingungen auswirken.

Der Höheren Schule obliegt die Pflicht einer ersten Auslese. Und die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, was dabei herauskommt, wenn diese Pflicht zu leicht genommen, wenn es den jungen Menschen zu leicht gemacht wird. Hier haben sich damals warnende Stimmen erhoben gegen die betriebsame „Bildungsinfation“. Wenn Stäbel in dieser Hinsicht sagt: „Man kann heute behaupten, daß ein großer Teil der bisherigen Studierenden auf den deutschen Technischen Hochschulen entsprechend ihrer Begabung und entsprechend ihren Kenntnissen für das technisch-wissenschaftliche Studium nicht geeignet waren...“, so trifft das zweifelsohne zu und war eine Folge der falschen Einstellung der Höheren Schule, wozu verschärfend die Wirtschaftskrise wirkte,

die die Höhere Schule und die Hochschule zu einem „Wartesaal“ machten. Der Forderung Stäbels: „Gründliche Auslesemaßnahmen auf den Höheren Schulen“ ist deshalb ohne Einschränkung zuzustimmen. Wenn aber dazu die weitere Forderung verwirklicht werden soll: „damit nur diejenigen, die die entsprechende Begabung aufweisen, zum technischen Hochschulstudium zugelassen werden“, so liegt das außerhalb des Rahmens der Höheren Schule.

Dazu müßte zwischen Höhere Schule und Hochschule eine zweite Auslese eingeschaltet werden. Bei dem technisch-wissenschaftlichen Studium liegen hier die Dinge insofern günstiger als bei den Universitäten, weil die vorgeschriebene praktische Arbeitszeit, wenn sie richtig gehandhabt wird, eine Ueberprüfung der besonderen Eignung für den Ingenieurberuf ermöglicht. Freilich bedarf dann die praktische Arbeit einer Regelung nach allgemein gültigen Gesichtspunkten und der ständigen Ueberwachung durch einen in der Praxis stehenden, erfahrenen und mit Menschenkenntnis und Urteilkraft ausgestatteten Ingenieur. Eine weitere Ueberprüfung ermöglicht der Arbeitsdienst, insbesondere nach der charakterlichen Seite.

Wird dann noch in den ersten Studiensemestern ein strenger Maßstab angelegt und werden die Ungeeigneten ausgeschieden, dann sind damit wohl die nach unserem Stande der Erkenntnis anwendbaren praktischen Mittel erschöpft, um dem Grundsatz der strengen Auslese Rechnung zu tragen. Gerade in den ersten Semestern, in denen die Grundwissenschaften gelehrt werden, dürfte sich ein Urteil über die Begabung und Fähigkeit zur wissenschaftlichen Durchdringung des Stoffes bilden lassen.

Wie schon betont, ist nicht gesagt, daß nun der Weg über die Höhere Schule der allein richtige ist und der allein mögliche als Zugang zum Studium der Ingenieur sein soll. Abgesehen von jenen Ausnahmefällen, für die keine Regel gilt und aufgestellt werden kann, muß im Interesse der Begabtenförderung und zur Verwirklichung des Leistungsgrundsatzes auch ein anderer Weg geschaffen werden. Schon vor mehr als 10 Jahren wurde hier⁹ auf die Lockerung der Verbindung Höhere Schule—Hochschule hingewiesen und ein beachtlicher Vorschlag von Spengler zur Besprechung gestellt. Dieser Vorschlag ging dahin, die Höhere Schule ihres Teilcharakters als Vorbereitungsanstalt für ein wissenschaftliches Berufsstudium zu entkleiden und ihr lediglich die Aufgabe der Vermittlung einer abgerundeten harmonischen Bildung zuzuweisen. Der Zugang zur Hochschule solle auf Grund einer besonderen Aufnahmeprüfung erfolgen, durch welche das geistige Niveau und die Kenntnisse nachgewiesen werden, die für das Studium eines bestimmten Berufes Voraussetzung sind und sein müssen. Für diese Prüfung sollte sich jeder melden können; es soll gleichgültig sein, wie und wo die Kenntnisse und der Bildungsgrad erworben wurden, maßgebend allein soll sein, daß sie nachgewiesen werden.

Darauf wurde vor Jahren schon hingewiesen, daß die Frage des Hochschulstudiums und des Berufsnachwuchses nicht ohne die Höhere Schule zu lösen ist. Von ihrer künftigen Gestaltung hängen auch die Wege ab für den Zugang zur Hochschule. Deshalb muß auch die Höhere Schule in den Interessenkreis der Berufe gerückt werden.

⁹ K. F. Steinmetz: Zur Reform des deutschen Schulwesens. — Technik und Kultur 15 (1924) 20—21.

⁶ Technik und Kultur 26 (1935) 31—32.

⁷ C. Matschoss: Der Aufstieg der Befähigten in Technik und Industrie. — Der Aufstieg der Begabten. Berlin und Leipzig: B. G. Teubner 1916.

⁸ K. F. Steinmetz: Der Aufstieg der Begabten. Zeitschr. d. VDDI 9 (1918) 1—11.

Aber die Nachwuchsfrage hat noch ein anderes Gesicht: nicht bloß die strenge Auswahl, sondern auch die Heranziehung tüchtiger Köpfe zu dem Beruf. Ist die Auslese und Ausscheidung Unbegabter mehr negativ, so handelt es sich hier um eine positive Maßnahme.

Seien wir uns darüber klar: in den wenigsten Fällen ist die Begabung, namentlich wenn sie überdurchschnittlich ist, ganz besonders, um nicht zu sagen einseitig, auf einen bestimmten Beruf eingestellt. In den meisten Fällen kommt nicht ein Beruf, sondern mehrere Berufe kommen entsprechend den besonderen Fähigkeiten in Frage. Es müßte jetzt, nachdem die Besucherzahl der Technischen Hochschulen bereits stark abgenommen hat, bei dem Nachwuchs festgestellt werden, ob die „Qualität“ gestiegen ist. Denn hört man so herum, welchen Beruf die jungen Leute, die einem als geistig geweckt bekannt sind, ergreifen oder ergreifen wollen, so hört man alles andere denn Ingenieur. Hier bedarf es einer Untersuchung. Den die sehr notwendige Drosselung des Hochschulzuganges darf nicht zu einer geistigen Verarmung des Berufes werden.

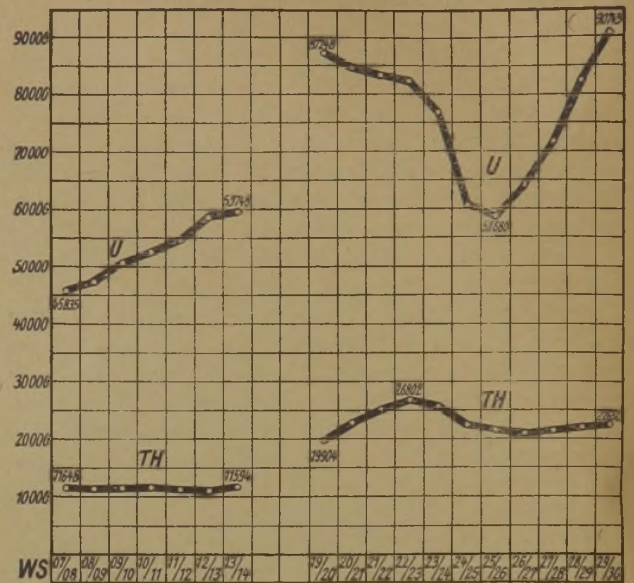
Die Anziehung tüchtiger Köpfe durch den Beruf liegt natürlich außerhalb des Schulbereiches; sie ist eine Funktion des Berufes selbst. Und da wird nun vielfach als eine Tatsache behauptet, daß die Söhne von Ingenieuren, die nicht erfolglos im Berufe sind oder waren, nicht wieder Ingenieure geworden sind, sondern sich anderen wissenschaftlichen Berufen zuwendeten. Auch hierüber würde eine Erhebung wohl sehr beachtenswerte Aufschlüsse liefern können.

Zweifelloos hat der Beruf den tüchtigsten Nachwuchs, der die Möglichkeit der freien und weiten Entfaltung bietet, der Berufsraum in der Allgemeinheit hat, der einen Aufstieg für den Tüchtigen ermöglicht. Diese und andere maßgebliche Faktoren sind für den Ingenieurberuf klarzulegen; denn diese Seite der Nachwuchsfrage kann bestimmt nicht einfach vernachlässigt werden. Sie können aber nur erforscht und zum Nutzen des Ganzen ausgewertet werden, wenn dem Beruf die Handhabe dafür gegeben ist, wenn die Grundfrage des Ingenieurberufes gelöst ist.

Die Frage der „Quantität“ des Nachwuchses ist im technischen Berufskreis von jeher stark erörtert worden, wobei zweifellos die materielle Lage besonders treibend gewirkt hat.

Schon vor dem Kriege erhoben sich beispielsweise in den Kreisen der akademischen Ingenieure Stimmen, daß vor der Ergreifung des Ingenieurberufes bzw. vor dem Studium an den Technischen Hochschulen „gewarnt“ werden sollte. Der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure hat damals nach eingehender Untersuchung der Verhältnisse ein solches Vorgehen abgelehnt, zu dem andere wissenschaftliche Berufe schon zu jener Zeit Vorbilder abgegeben hatten. In einer „Warnung“ vor dem Studium konnte keine Lösung der Frage gesehen werden, die deshalb aufgetreten war, weil die Entlohnung in der Industrie mehr als zu wünschen übrig ließ. Die durchaus ungenügende materielle Berufsgrundlage der jungen Diplom-Ingenieure, die in den praktischen Beruf eintraten oder in den ersten Berufsjahren standen, hatte aber ihre letzte Ursache nicht in einem über den Bedarf hinausgehenden Nachwuchs, noch war sie durch eine schlechte wirtschaftliche Lage der Industrie begründet.

Die Zahl der Studierenden an den deutschen „Technischen Hochschulen“ (einschließlich Danzig) betrug, wenn man die Ausländer abrechnet, etwa 10 000,



und diese Zahl blieb von 1907 bis 1914 so gut wie konstant. Berücksichtigt man, daß in dieser Zeit gleichzeitig die Industrie in Deutschland sich stark weiter entwickelte, der Bedarf an Nachwuchs, auch infolge der fortschreitenden wissenschaftlichen Durchdringung der industriellen Technik, zum mindesten nicht geringer wurde, so konnte von einem zahlenmäßig zu starken Zustrom zu den Hochschulen keine Rede sein. In der Tat war in jenen Jahren auch eine „Arbeitslosigkeit“ in diesem Berufskreis nicht festzustellen. Allerdings, von einem sehr fühlbaren Mangel an Nachwuchs konnte auch nicht gesprochen werden. Andererseits war der Berufsraum noch sehr erweiterungsfähig, und in der Industrie gab es noch umfangreiche Gebiete, in welche der wissenschaftliche Ingenieur noch nicht oder kaum eingedrungen war.

Wenn Neigung bestand, dem Beispiel anderer wissenschaftlicher Berufe zu folgen, so wurde dabei nicht im vollen Maße die dort anders gelagerten Verhältnisse berücksichtigt. Bei den Universitäten vollzog sich die Entwicklung der Besucherzahl anders wie bei den Technischen Hochschulen, wie das¹⁰ Schaubild zeigt. Bei ihnen stieg die Besucherzahl von 1907 bis 1914 um rund 30 vH. Nun ist zu beachten, daß ein wesentlicher Teil der Universitätsberufe Berufskreise umfaßt, deren Nachwuchsbedarf ziemlich genau festgestellt werden kann; so bei den beamteten Berufen, bei den Juristen, Theologen, Philologen. Und bei den Heilberufen, besonders auch bei den freiberuflichen Aerzten gibt es in dem Verhältnis der Aerztezahl zur Bevölkerungszahl unter Berücksichtigung der geographischen Verteilung und Bevölkerungsdichte einen weitgehend zutreffenden Maßstab.

Anders liegen aber die Dinge im technischen Berufskreis, dessen Arbeitsraum von Faktoren abhängt, die sich jeder Voraussicht über einen längeren Zeitraum entziehen. Und nicht zu vergessen ist, daß es sich bei den Universitätsberufen meist um Berufsstände handelt, die schon vor dem Kriege scharf in sich umgrenzt waren.

Daß schon damals, den gesamten technischen Berufskreis ins Auge gefaßt, tatsächlich ein Ueberangebot an technischen Kräften bestand, fällt nicht den Technischen Hochschulen zur Last, sondern der Tatsache, daß die Aus-

¹⁰ Erster Vierteljahresbericht 1932 des VDDI.

bildung von technischen Kräften etwa um die Jahrhundertwende zu einem gewerblichen Unternehmen wurde. Wobei die „Gewerbefreiheit“ bis zum äußersten ausgenutzt wurde; eine ungehemmte Propaganda veranlaßte zur „Erlernung“ des Ingenieurberufes, von dessen Ausübung man sich offenbar goldene Berge versprach. Und es wurde wahrhaftig leicht gemacht: mit einfacher Volksschulbildung oder gescheiterter Mittelschulbildung, auch ohne praktische Lehre, konnte man in knapp zwei Jahren „Ingenieur“ werden; es gab auch „Betriebe“, die vermöge eines nur ihnen bekannten Geheimverfahrens es in noch kürzerer Zeit schafften.

Hier wurde das Ueberangebot erzeugt, das natürlich nach dem geltenden Gesetz von Angebot und Nachfrage auf die „Preise“ einen erheblichen Einfluß hatte. Und da nach bekanntem Ausspruch „die Praxis keinen Unterschied zwischen Diplom-Ingenieur und Ingenieur“ machte, weil nur die „Leistung“ gelte, mußte der gesamte technische Berufskreis unter diesem Zustand leiden und die Zeche bezahlen.

Diese ungesunden Verhältnisse, die offenkundig waren, grundlegend zu ändern und eine Reinigung herbeizuführen, wäre nur durch eine eindeutige Regelung des Ingenieurberufes möglich gewesen. Dazu aber konnte sich der Staat nicht entschließen; er hatte nicht mehr die Kraft, gegen den wachsenden Liberalismus anzukämpfen, der in Industrie und Wirtschaft seinen einflußreichen Verfechter hatte. Man versuchte das sehr wohl erkannte Uebel durch schwächliche und halbe Maßnahmen zu hemmen, wodurch natürlich praktisch nichts erreicht wurde. Der technische Berufskreis begann ins Lager der marxistischen Richtung abzumarschieren.

Nach dem Kriege setzte erst bei den Technischen Hochschulen der Zustrom ein, der zu dem Zustand der Ueberzahl an Nachwuchs bei den Diplom-Ingenieuren führte. Jetzt erst trat für diesen Berufsstand (wenn man ihn für sich betrachtet) die „Quantitätsfrage“ praktisch in Erscheinung. Aber — und das muß sehr wohl be-

font werden — die gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelte Besucherzahl der Technischen Hochschulen (vgl. das Schaubild) hätte an sich keinen Anlaß gegeben, daß sich amtliche Stellen oder die Wirtschaft damit befaßten. Es war die „Qualitätsfrage“, die durch die „Quantität“ sehr wesentlich beeinflußt wurde, welche Staat und Industrie und die letzterer nahestehenden Kreise veranlaßten, sich mit dieser „Ueberfüllungsfrage“ zu beschäftigen. Viel wurde darüber geredet, geklagt und geschrieben. Irgendwelche praktischen Maßnahmen sind natürlich nicht dabei herausgekommen, weil man — aus dem Geiste dieser verhängnisvollen Zeit heraus — nicht an des Uebels Wurzel herangehen konnte.

Der Nationalsozialismus hat das Grundübel jener Epoche überwunden. Und wir sehen auch, wie auf den verschiedensten Gebieten die hemmungslose Gewerbefreiheit beseitigt wird, und wie man auch in der vernünftigen Regelung der Berufskreise schon gewaltige Fortschritte gemacht hat. Wenn hierin der Ingenieurberuf im Rückstand ist, so hat dies besondere Ursachen, deren Erörterung in diesem Zusammenhang nicht in Rede steht. Aber gewiß ist, daß eine¹¹ „Nachwuchsplanung“ im Ingenieurberuf zur notwendigen Voraussetzung hat, daß vorher der Ingenieurberuf eindeutig abgegrenzt und die Ausbildungsmöglichkeiten zum Beruf geregelt werden.

Das „Quantitätsproblem“ ist so von der „Qualitätsfrage“, die wieder von der Ausbildung und der Gestaltung der Hoch- und Fachschulen bzw. von der ganzen Erziehungsfrage abhängt, nicht zu trennen. Man muß sich nur einmal ganz klar darüber werden, welcher dieser Teilfragen in der Funktion der Vorrang zugesprochen werden muß. Diese ist dann zuerst einer Lösung entgegenzuführen.

¹¹ Manfred Wend: Nachwuchsplanung im Ingenieurberuf. — Rundschau Technischer Arbeit (RTA) 15 (1935) Nr. 29 vom 17. Juli 1935, S. 6.

Lynkeus:

Rundblick

Die „Gesellschaft von Freunden der Technischen Hochschule Berlin zu Charlottenburg e. V.“ legt in einer Druckschrift ihren „Bericht über das Geschäftsjahr 1934“ vor. Ferner enthält die Schrift die Festrede des Rektors Professor Dr. A. von Arnim am 30. Januar 1935 anlässlich der Reichsgründungsfeier und eine Anzahl von Forschungsberichten.

Der Geschäftsführer der Gesellschaft, Geh. Reg.-Rat Professor F. Romberg, widmet dem verstorbenen Vorsitzenden der Gesellschaft, dem verdienstvollen Geh.-Bergrat Dr.-Ing. E. h. Ewald Hilger, einen tiefempfundenen Nachruf, der allen, die das Glück hatten, die starke Persönlichkeit im Leben gekannt zu haben, aus dem Herzen gesprochen ist. Ein Bild des Verstorbenen ist dem Nachruf beigegeben.

Dem Bericht ist zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand der Gesellschaft am Jahresschluß (1934) 767 betrug. Ein erstaunlich geringe Zahl! Wenn man bedenkt, wie viele Diplom-Ingenieure ihr Rüstzeug für ihren Beruf von der TH Berlin erhalten haben, und von all diesen sind noch nicht ein halbes Tausend sichtbar „Freunde“ ihrer Hochschule geblieben. Nur rund 500 zeigen durch das verhältnismäßig geringe Opfer der Mitgliedschaft

ihre Dankbarkeit und Anhänglichkeit an ihre alma mater! Hier stimmt etwas nicht, und es sollten sich einmal Hochschule und Diplom-Ingenieure der Praxis zusammensetzen, um der Ursache dieser Erscheinung auf den Grund zu gehen. Es ist weder der Hochschule noch den im Berufe stehenden Ingenieuren von Nutzen, wenn in dem Augenblick der Aushändigung des Diploms die Fäden zwischen beiden zerreißen. Hochschule und Ingenieurstand sind unlösbar miteinander verknüpft, beide Teile müssen sich dessen bewußt werden. Die „Gesellschaft der Freunde“ ist berufen, die akademische Gemeinschaft über das Studium hinaus aufrecht zu erhalten; damit sie diese Aufgabe (eine wesentliche ihrer Aufgaben) erfüllen kann, müssen Hochschule und Diplom-Ingenieure den Weg wieder zueinander finden.

Rektor Prof. Dr. Achim von Arnim sprach über „Sozialismus im Zweiten und Dritten Reich“. Auf seine Darlegungen ist noch an anderer Stelle zurückgekommen.

Die „Forschungsberichte“ enthalten 9 Einzelberichte aus den verschiedensten an der TH gepflegten Forschungsgebieten, durch zahlreiche Bilder, Zahlentafeln usw. ergänzt. *

Ende Juni 1935 tagte in Goslar der „Reichsbund deutscher Diplom-Landwirte“, der unter der

Führung von S.S.-Reichsführer Himmler steht. Auf dieser Tagung ließ Reichsminister Dr. Rust die neue Studienordnung für das landwirtschaftliche Studium verkünden, dessen Aufbau sechs Halbjahre vorsieht. Von diesen sind die beiden ersten Semester vorwiegend dem Studium der allgemeinen völkisch-politischen Grundlagen und der Einführung in die Fachwissenschaft gewidmet, vom 3. Semester ab beginnt das eigentliche Studium der Landwirtschaft. Ähnlich wie beim juristischen Studium sind Haupt- und Sondervorlesungen vorgesehen, „Pflichtvorlesungen“ gibt es nicht mehr.

Der Führer hat an die Teilnehmer am Reichstreffen der deutschen Diplomlandwirte in Goslar nachstehendes Telegramm gerichtet: „Den in Goslar zum Reichstreffen vereinten deutschen Diplomlandwirten danke ich für die mir telegraphisch übermittelten Treuegrüße. Ich erwidere sie herzlich und verbinde damit die aufrichtigsten Wünsche für weitere erfolgreiche Arbeit im Dienste der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Bauern. Adolf Hitler.“

*

Ueber die Aufgaben der Handelskammern machte der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Bochum, Dr. Schlitter, Ausführungen, die von allgemeinem Interesse sind: In erster Linie sei es Aufgabe der Kammern, den Geist des ehrbaren Kaufmannes zum Gemeingut werden zu lassen. Dazu sei notwendig, daß die Kammern als Wirtschaftsvertretung das Mittel eines wirksamen Verfahrens gegen besonders offenkundige Verletzer des kaufmännischen Ehrbegriffes erhält. Es sei notwendig, in besonders offenkundigen Fällen der Verletzung des kaufmännischen Anstandes das Recht zu haben, den Angeklagten vor ein Standesgericht zu laden. Gröbliche Unehrenhaftigkeit muß, soweit sie erwiesen wird, gebührend gebrandmarkt werden.

Verderber guter Sitten müßten ausgemerzt werden aus dem wirtschaftlichen Sein. Die Handelskammern müßten endlich die Rechte bekommen, die die wirksame Durchführung eines Ehrengerichtsverfahrens ermöglichen.

Im Sinne des nationalsozialistischen Leistungsprinzips lege man im Kammerbezirk größten Wert auf intensive Mitarbeit auf dem Gebiete der Berufsausbildung und -fortbildung. Die Tätigkeit der Kammer soll die jungen Menschen auf ihrem Ausbildungsweg begleiten. Die sachgemäße Auswahl der Lehrlinge durch Zusammenarbeit mit der Berufsberatung der deutschen Arbeitsfront und der Arbeitsämter ist das erste, Gestaltung des Lehrvertrages zu einem Vertrauensverhältnis zwischen Lehrern und Lehrling durch Ausgabe besonderer Lehrvertragsformulare das weitere. Die industriellen Facharbeiterprüfungen müssen ihre gesetzliche Anerkennung finden und den handwerklichen Gesellenprüfungen gleichgestellt werden.

*

Von Interesse ist die Regelung der Führerfrage im Reichsarbeitsdienst, über die von der Reichsleitung des Arbeitsdienstes kürzlich ausführliche Mitteilungen gemacht wurden. Die Stellung der Führer und Amtswalter hat das „Reichsarbeitsdienstgesetz“ vom 26. Juni 1935 grundsätzlich festgelegt: „Die planmäßigen Führer und Amtswalter sind im Reichsarbeitsdienst be-

rufsmäßig tätig.“ Die Besoldung sowie die Versorgung der Dienstbeschädigten und der nach 10 Jahren Ausscheidenden werden durch ein besonderes Besoldungsgesetz und ein Versorgungsgesetz demnächst geregelt. Diese Gesetze dürften wahrscheinlich den analogen Gesetzen der Wehrmacht ähnlich sein.

Künftig wird der Führerersatz sich ausschließlich aus den Reihen des Arbeitsdienstes selbst vollziehen. Ausnahmen werden nur in der Uebergangszeit zugelassen. Für die Annahme als Führeranwärter gelten folgende Vorbedingungen:

1. Vollendetes 17. Lebensjahr; Einwilligung der Eltern bzw. des Vormundes.
2. Arische Abstammung.
3. Unbescholtenheitszeugnis.
4. Verpflichtung für mindestens zweijährige Dienstzeit im Arbeitsdienst (Probendienstzeit).

Für die Führerlaufbahn im Arbeitsdienst sind keinerlei geldliche Zuschüsse seitens der Eltern usw. erforderlich. Der Aufstieg hängt ausschließlich von dem Persönlichkeitswert und den Leistungen ab.

Die Laufbahn gestaltet sich folgendermaßen: Der Führeranwärter hat zunächst 6 Monate als Arbeitsdienstmann in einer Abteilung Außendienst zu leisten. Nach erfolgtem Besuch einer Truppenführerschule und nach einwandfreier Ableistung der aktiven Dienstzeit in der Wehrmacht, sowie nach Verpflichtung zum mindestens zehnjährigen ununterbrochenen Dienst (einschließlich der Probendienstzeit) im Reichsarbeitsdienst kann die Ernennung zum planmäßigen Truppführer erfolgen. Nach Erreichung des Dienstgrades eines planmäßigen Truppführers treten Unterschiede in der weiteren Laufbahn ein. Es werden sowohl bei den Führern wie bei den Amtswaltern untere (einfache mittlere) mittlere (gehobene mittlere) und höhere Laufbahn unterschieden.

Die Laufbahn des unteren Dienstes endet in der Regel mit der Erreichung des Dienstgrades als Obertruppführer (Reichsarbeitsdienstassistent), bei besonderer Bewährung als Unterfeldmeister.

Der mittlere Dienst hat als letzte Stufe den Oberfeldmeister (Reichsarbeitsdienststammann), während der höhere Dienst vom Arbeitsführer (Reichsarbeitsdienststrat) aufwärts rechnet.

Es ist jedoch dafür gesorgt, daß getreu den nationalsozialistischen Grundsätzen des Arbeitsdienstes jeder Führer nach Maßgabe seiner Fähigkeiten aufsteigen kann, daß also Führer, die bei der Laufbahn des unteren Dienstes beginnen, bei entsprechender Eignung später in den mittleren und von da aus in den höheren Dienst aufrücken.

Führeranwärter mit dem Reifezeugnis einer höheren Schule können damit rechnen, nach 1½- bis 2jähriger Dienstzeit im Arbeitsdienst und einwandfreier Ableistung ihrer aktiven Militärdienstpflicht zum Feldmeister befördert zu werden.

Planmäßige Truppführer ohne Reifezeugnis einer höheren Schule, die sich nach geistiger Begabung und sonstigen Persönlichkeitswert für den Aufstieg in den mittleren Dienst eignen, können von der Reichsleitung des Arbeitsdienstes zu einer vom Reichsinnenminister festzusetzenden besonderen Prüfung zugelassen werden, deren erfolgreiche Ablegung zu einem Lehrgang auf der Feldmeisterschule führt, wodurch ihnen der Zugang zur mittleren und höheren Laufbahn eröffnet ist.

Literatur

Neue Bücher:

Fausser, Otto, Oberbaurat: Kulturtechnische Bodenverbesserungen. I: Allgemeines, Entwässerung. — Berlin und Leipzig: Walter de Gruyter & Co. 1935. Dritte, neubearbeitete Auflage. Bd. 691, Sammlung Göschen. 14 Seiten, 45 Abbildungen, Leinen 1,62 RM.

Die großen Fortschritte sind sorgfältig berücksichtigt worden, die seit dem Erscheinen der letzten Auflage namentlich auch auf dem Gebiete der Bodenkunde gemacht wurden.

Die Stoffeinteilung ist im wesentlichen die gleiche geblieben. Im ersten Hauptstück (Allgemeines) sind das Wesen und die Bedeutung der kulturtechnischen Bodenverbesserungen, die wichtigsten Eigenschaften des Bodens und seiner Bestandteile, die Verfahren der kulturtechnischen Bodenuntersuchung, die Benennung des Bodens und die Anfertigung kulturtechnischer Bodenkarten behandelt, ferner das für den Kulturtechniker Wichtigste über das Wasser und das Leben der Pflanzen und die Notwendigkeit einer geregelten Wasserwirtschaft. Das zweite Hauptstück behandelt die Entwässerung. Es werden die Kennzeichen, die Ursachen und die Mittel zur Bekämpfung kulturwidriger Bodennässe erläutert, die Entwässerung durch offene Gräben und die Dränung dargestellt und die Pflege der entwässerten Grundstücke, die Erfolge der Entwässerung und ihre Kosten besprochen. In einem **A n h a n g** ist das Wichtigste über die gemeinschaftlichen Unternehmungen zur kulturtechnischen Bodenverbesserung, insbesondere über die Wassergenossenschaften und die Bodenverbesserungsgenossenschaften mitgeteilt. Eine eingehende Zusammenstellung des einschlägigen Schrifttums, ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis und 45 Abbildungen vervollständigen das Ganze.

Das Bändchen bietet in knapper Form und in einer klaren, Fremdwörter vermeidenden Sprache das Wesentlichste aus den behandelten Gebieten; es ist daher in erster Linie geeignet, den Studierenden das Eindringen in den Stoff zu erleichtern und den werktätigen Kulturtechnikern und Landwirten als Taschenbuch zu dienen. Darüber hinaus aber wird es allen denjenigen von Wert sein, die sich rasch über die Grundlagen der für die Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Scholle so hochwichtigen kulturtechnischen Bodenverbesserungen und über die Entwässerung des Bodens unterrichten wollen. K. S. von Schweigen.

Wickop, Walther, Professor der Baukunst an der Technischen Hochschule Hannover: Fenster, Türen, Tore aus Holz und Eisen. Eine Anleitung zu ihrer guten Gestaltung, wirtschaftlichen Bemessung und handwerksgerechten Konstruktion. — Berlin und Leipzig: Walter de Gruyter & Co. 1935. Bd. 1092, Sammlung Göschen. 150 Seiten, 95 Abbildungen, Leinen 1,62 RM.

Diese gedrängte und wohlgelungene Darstellung dieses Gebietes des Bauwesens ist in erster Linie für den werdenden Architekten bestimmt, dem es auf die hauptsächlichsten Fragen klare Antwort gibt und dem es für die richtige konstruktive Ausführung dieser Bauteile die Wege zeigt. Die angeführten Beispiele werden besonders in dieser Richtung dienlich sein. Dem Studierenden gibt dieses Göschenbändchen wertvolles Material an die Hand, und auch der bereits praktisch Tätige wird Nutzen daraus ziehen. K. Friedrich.

Körting, Joh. und Werner Körting: Heizung und Lüftung. I: Das Wesen und die Berechnung der Heizungs- und Lüftungsanlagen. — Berlin und Leipzig: Walter de Gruyter & Co. 1935. Sechste, neubearbeitete Auflage. Bd. 342, Sammlung Göschen. 140 Seiten, 29 Abbildungen, 14 Zahlentafeln, Leinen 1,62 RM.

Die Neuauflage berücksichtigt die Fortschritte, die auf diesem Gebiete in den letzten Jahren gemacht wurden, sie wird allen im Heizungs- und Lüftungsfach Tätigen, namentlich aber den Studierenden willkommen sein, denen diese kurze Darstellung zwar kein Lehrbuch ersetzen kann und auch nicht will, sie aber in das umfangreiche Gebiet sehr gut einführt. Auch dem planenden Architekten dürfte es gute Dienste leisten.

K. Remlein.

Moede, Dr. Walther, Professor an der Technischen Hochschule Berlin: Arbeitstechnik. Die Arbeitskraft: Schutz, Erhaltung, Steigerung. — Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag 1935. 267 Seiten, 145 Abbildungen, geh. 11,— RM, Leinen 12,80 RM.

Der bekannte Vertreter der industriellen Psychotechnik gibt mit diesem Buche das erste Lehrbuch der Arbeitstechnik in die Hände des Betriebsführers und Betriebsingenieurs. Die Vielseitigkeit und das verarbeitete umfangreiche Material sprengen den Rahmen einer Besprechung. Nachstehende Inhaltsübersicht zeigt dies deutlich:

1. Begriff und Aufgaben der Arbeitstechnik im Betriebe. — 2. Die Ziele: Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Wohlfahrt. — 3. Arbeitsorganisatorische Systeme. — 4. Kennzeichnungswerte menschlicher Arbeit. — 5. Verteilungssatz menschlicher Leistung. — 6. Methoden der Arbeitsbestgestaltung. — 7. Der Leistungsnutzwert. — 8. Betriebssicherheit und Unfallverhütung. 9. Mängelfeststellung. — 10. Entlastung von unnötigen und ungünstigen Arbeitsfunktionen. — 11. Zeitstudien. — 12. Zuschlagswesen. — 13. Leistungsstatistik und -registrierung. — 14. Eignungswesen und Eignungstechnik. — 15. Arbeitsfelder und ihre Bestgestaltung. — 16. Das Aufmerksamkeitsfeld. — 17. Die Lehre von den Arbeitsbewegungen. — 18. Kraft- und Anstrengungsarbeit. — 19. Arbeitsteilung und Arbeitsbindung. — 20. Leistungsverdichtung. — 21. Leistungstetigkeit. — 22. Verlaufsformen der menschlichen Arbeitsleistung: Arbeitskurven. — 23. Übung und Anlernung von Arbeitern. — 24. Ermüdungsstudien und Ermüdungsmessungen.

Neben dem im Betriebe stehenden Ingenieur und dem Büroleiter ist dieses Lehrbuch auch dem Studierenden der oberen Semester zum Studium zu empfehlen.

K. F. Steinmetz.

Rüchardt, E.: Neuzzeitliche Kernphysik und künstliche Umwandlung der Elemente. Berlin: VDI-Verlag G.m.b.H. 1935. Deutsches Museum, Abhandlungen und Berichte, 7. Jahrgang, Heft 3. DIN A 5, II/34 Seiten, 20 Abbildungen, brosch. 0,90 RM.

In der Atomphysik löst eine neue Erkenntnis die andere ab. Wollte man ein umfangreiches Werk hierüber verfassen, würde es schon während der Drucklegung überholt werden. Mit dieser kleinen Schrift kann sich jeder mit den Kenntnissen aus dem frühern Physik-Unterricht über den heutigen Stand unterrichten.

Wir wissen zwar, daß das Atom aus einem Kern und der ihn umgebenden Elektronenhülle besteht, aber der Kern birgt noch viele Geheimnisse, deren Erforschung die Kernphysik betreibt. Aus deren Grundlagen

werden die Vorgänge bei der künstlichen Atomumwandlung hergeleitet, bei der entweder bekannte beständige oder bisher unbekante unbeständige Atomarten entstehen. Durch Beispiele erläutert sind die wichtigsten solcher Kernumwandlungen beschrieben.

Die Schrift ist leicht verständlich geschrieben, sie verzichtet auf umständliche Ableitungen und arbeitet die Ergebnisse klar heraus. Sie ist jedem zu empfehlen, der sich auf diesem zeitgemäßen Gebiet fortbilden will. R.

Zimmermann, W.: Metallgewerbe. Heft M: Teubners Tabellenbücher. — Leipzig und Berlin: B. G. Teubner 1935. 3. Auflage, 88 Seiten, zahlreiche Abbildungen, DIN A 5, kart. 1,40 RM (bei mind. 25 Stück. 1,20 RM).

Neu aufgenommen wurden in dieser 3. Auflage 5 Seiten mit Zeichnungsvorschriften und Zeichnungsnormen, was sowohl im Interesse des tätigen Ingenieurs wie auch des Studierenden zu begrüßen ist. Die für die Arbeit am Konstruktionstisch und im Betriebsbüro sowie in den Übungen beim Unterricht erforderlichen Unterlagen und Richtlinien sind nunmehr geschlossen in dem Tabellenbuch zusammengefaßt. Wie bisher enthält es wieder Zahlentafeln über Maße und Einheiten, Formeln und Beispiele für die Berechnungen von Flächen und Körpern, Quadrate, Kuben und Kreisumfänge. Den Hauptteil bilden — bestimmungsgemäß — Tafeln, Formeln und Rechenbeispiele, die vornehmlich der Arbeit im metallgewerblichen Betriebe dienen. Hier finden wir in dem Teil Mechanik und Festigkeitslehre u. a. Tafeln über die Bewegungslehre, über physikalische Grundgesetze der Mechanik, über Riemenantrieb, Berechnung der Wechselläder zum Gewindeschneiden, über Zug-, Druck-, Biege- und Schubfestigkeit, Werkstoffe und Werkstoffprüfung. Es folgen Tafeln mit Richtlinien über spanbildende Metallbearbeitung, über Glühen und Härten, über Verbindungselemente und Gewindearten.

Das Büchlein ist wieder mit dem handlichen Daumenregister und einem unempfindlichen Preßspanumschlag ausgestattet. Es ist ein übersichtliches und anschaulich geordnetes für die Tasche zugeschnittenes Hilfsbuch, das allen Anforderungen in metallgewerblichen Betrieben recht wird. S.

Werners, Dr.-Ing. Paul: Energie-Uebertragung und -Umwandlung mit Wechselstrom. Einheitliche Theorie der Leitungen, Transformatoren und Maschinen. — Leipzig und Berlin: B. G. Teubner 1935. VIII/204 Seiten, 208 Abbildungen, geb. 18,— RM.

In dieser zusammenhängenden Form werden hier erstmalig die zahlreichen und meist so vielgestaltig dargestellten elektrischen Uebertrager und Umwandler einheitlich auf wenige einfache Grundformen zurückgeführt, und ganze Gruppen elektrisch gleichwertiger Anordnungen werden zusammengefaßt. Einheitlich durchgeführt ist ferner die Verwendung der symbolischen Rechnung. Der Verfasser führt in die Verfahren zur Lösung von Wechselstromaufgaben ein und gibt daran anschließend die mathematischen Hilfsmittel: Rechnen mit Komplexen, Größen, Hyperbel-Funktionen, gerichtete elektrische Größen usw. In weiteren Abschnitten werden einphasige und die dreiphasige T-Schaltung sowie Betriebseigenschaften der T-Schaltung (praktische Beispiele) behandelt und durchgerechnet. Ausgehend von den Bestandteilen der T-Schaltung folgt die Erklärung der Grundbeziehungen der „homogenen“ Leitung; es werden weiterhin die Vorgänge auf die Leitung eingehend dargestellt. Es folgen Kapitel über den Wechselfeld- und den Drehfeldtrans-

formator, über die Asynchronmaschine, Synchronmaschine, Drehstromkollektormaschine und Regelsätze.

Die in dem Buch durchgeführte einheitliche Behandlungsweise der physikalischen Zusammenhänge wird unterstützt durch eine weitgehende Vereinheitlichung und Kürze der rechnerischen Ableitungen. An Vorkenntnissen zum richtigen Verständnis des Buches wird außer den Grundgesetzen des Wechselstroms nur die sichere Beherrschung der Algebra, der Trigonometrie und einfacher Infinitesimalbeziehungen vorausgesetzt. Trotz der schon umfangreichen Literatur über Theorie der elektrischen Leitungen und Maschinen gibt der Verfasser nach Inhalt und Darstellung eine neue notwendige Ergänzung, und er vermittelt den Weg zum vollen Verständnis der inneren Zusammenhänge wichtiger Teilgebiete der Elektrotechnik. Schr.

Zenneck, Professor Dr. Dr.-Ing. E. h. J., Geh. Reg.-Rat in München: Kulturförderung durch Technik und Wissenschaft. — Deutsches Museum, Abhandlungen und Berichte, 7. Jahrgang, Heft 1. — Berlin: VDI-Verlag G.m.b.H. 1935. DIN A 5, 20 Seiten, 5 Abbildungen, brosch. 0,90 RM.

Der Verfasser will in der vorliegenden Schrift an Beispielen zeigen, was Technik und Wissenschaft als Werkzeug der Kulturförderung geleistet haben.

Als erstes Beispiel wird ein neuzeitliches Mikroskop und seine Bedeutung für die verschiedensten Wissenschaften angeführt und betont, welche Erweiterung unsere naturwissenschaftliche Weltanschauung durch Mikroskop und Fernrohr erfahren haben.

Das zweite Beispiel ist Photographie und Reproduktionstechnik. Daß heute ein Reisebericht höher gewertet werden muß als früher, bedarf kaum eines Hinweises. Der Reisende ist in der Lage, schon an Ort und Stelle photographische, unter Umständen sogar kinematographische Aufnahmen zu machen. Er kann die Aufnahmen durch Lichtbilder in Vorträgen vorführen und sie in ausgezeichneten Reproduktionen in seinem Reisewerk aufnehmen. Und dieses Werk mit einer vielleicht großen Anzahl ausgezeichneter Bilder ist heute infolge seines niedrigen Preises den weitesten Kreisen zugänglich. Auch der Genuß der von großen Meistern geschaffenen Gemälde, deren Besitz sich nur ganz wenige leisten können, ist durch die vorzüglichen Reproduktionen der Kunstanstalten fast jedem möglich geworden.

Ähnlich ist es mit dem Rundfunk. Das Anhören von Vorträgen und guter Musik war früher denjenigen vorbehalten, die in den großen Städten wohnten. Heute können alle Volksgenossen — auch die außerhalb der deutschen Grenzen wohnenden — am Rundfunk teilnehmen.

Auch die Erleichterung des Verkehrs muß als Kulturförderung angesehen werden. Die Zahl derer, die heute reisen und schöne Gegenden und hervorragende Bauwerke aus alter und neuer Zeit genießen, ist bedeutend größer geworden als früher. Mit Hilfe der Technik wurde nicht nur die Massenreise im Schiff oder in der Eisenbahn, sondern auch die Einzelreise im Kraftfahrzeug oder auf dem Rade durchführbar.

Zum Schluß wendet sich der Verfasser gegen das gedankenlose Schlagwort von der Kulturfeindlichkeit der Technik mit den Sätzen „Es gibt zwei Standpunkte, die Kultur und ihre Förderung anzusehen: einen, wenn ich so sagen darf, mehr aristokratischen und einen mehr sozialen. Wer Verständnis für den so-

zialen hat, muß die Förderung der Kultur durch Technik und Wissenschaft anerkennen.“

Die Schrift wird zweifellos so manchen, der die „Werke der Technik“ gedankenlos aber gerne sich dienen läßt, sonst jedoch wenn nicht alle, so doch viele Uebel der irdischen Welt dieser „Technik“ zuschreibt, nachdenklich machen. Um dessen willen ist ihr eine weite Verbreitung

zu wünschen. Andererseits sind wir über die Stellung der „Technik“ deswegen anderer Ansicht, weil wir den Begriff „Kultur“ umfassender auffassen, so daß wir in „Technik und Wissenschaft“ mehr als nur „Werkzeuge der Kulturförderung“ sehen, sie sind Bestandteile der Kultur, die ohne sie nicht bestände.

K. F. Steinmetz.

Dr. Paul Bang Staatssekretär i. R. in Berlin:

Leistungswirtschaft

Wir entnehmen mit freundlicher Erlaubnis die nachstehenden Ausführungen den „Wirtschaftsnachrichten des Bundes für Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft“. Der Verfasser, Begründer dieses Bundes und seit mehr als 10 Jahren der unermüdete Verfechter der Werksgemeinschafts-idee und leidenschaftlicher Bekämpfer des Marxismus, ist unseren Lesern nicht fremd; er hielt bereits 1926 auf der VDDI-Tagung in Dortmund einen interessanten und vielbeachteten Vortrag: „Staatwirtschaft oder Privatwirtschaft?“ Die Schriftleitung.

Leistungswirtschaft bedeutet im wesentlichen zweierlei: 1. die Ersetzung des marxistischen Grundsatzes „Jedem dasselbe“ durch den preußischen Grundsatz „Jedem das Seine“, und 2. die Sichtbarmachung der Interessen- und Lebensgemeinschaft zwischen Führung und Gefolgschaft. Deshalb waren und sind die erbittertsten Gegner der Leistungswirtschaft alle die, die durch die Herstellung dieser Lebensgemeinschaft ihre Sonderinteressen bedroht fühlen.

Der Gedanke der Leistungswirtschaft ruht auf zwei Grundpfeilern, auf dem Leistungslohn und auf dem Leistungspreis. Beides läßt sich nicht trennen. Die Ersetzung des lohnpolitischen und preispolitischen Profitgedankens durch den Leistungsgedanken bedeutet den Ausschluß aller nivellierenden und monopolisierenden Zwangsregelungen sowohl auf dem Lohn- wie auf dem Preisgebiete. Der Wirtschaftserfolg wird danach wieder mit seinen echten Wurzeln verknüpft, mit der „Leistung“. Dem Grad der Leistung der am Wirtschaftserfolg Beteiligten sowohl auf Unternehmer- wie Arbeiterseite entspricht dabei der Maßstab der Verteilung des sogenannten „Sozialproduktes“. An Stelle der marxistischen Idee von der gleichen „Verteilung des Sozialproduktes“ tritt der deutsche Gedanke der Zergliederung und Rückführung des Wirtschaftsergebnisses auf die Leistungsträger und der Entgeltung der Leistung nach ihrem Grad und ihrem Werte für die Volksgesamtheit. Unter den Leistungsgedanken fällt dabei auch das Maß der im Wirtschaftskampf betätigten Risikobereitschaft. Der Streit um den sogenannten „gerechten Lohn“ und um den „gerechten Preis“ ist gegenstandslos, wenn darunter Leistungslohn und Leistungspreis verstanden wird. Kein Ernsthafter wird ja bestreiten wollen, das z. B. ein monopolistischer Versorgungspreis kein „gerechter Preis“ ist.

Die vorstehenden Grundsätze klingen einfach. Als sie seinerzeit aufgestellt wurden, stießen sie auf einhelligen Widerstand. In der Praxis stoßen sie ja heute noch auf nicht geringe Schwierigkeiten. Gedanken wohnen ja immer leicht beieinander, aber immer wieder stoßen sich die Sachen hart im Raume. Es sei hier von solchen Schwierigkeiten die Rede, oder anders ausgedrückt: von gewissen unerläßlichen Grundvoraussetzungen der Leistungswirtschaft.

Leistungswirtschaft ist praktisch undenkbar ohne genaue und absolut gerechte Nachweisung der Art, des Um-

fanges und des Grades der Leistung der an einem Wirtschaftserfolg Beteiligten. Eine solche Nachweisung ist eine wissenschaftlich-technische Fachaufgabe für sich, die mit den heute zur Verfügung stehenden Mitteln überall, selbst im kleinsten Betriebe, geleistet werden kann. Nur eine solche zweifelsfreie Nachweisung beseitigt endgültig auf allen Seiten, sowohl bei Arbeitern wie bei Unternehmern, das Gefühl, schlecht wegzukommen oder gar übervorteilt zu werden. Es handelt sich bei alledem zugleich um die Schaffung tragfähiger Grundlagen für echten Wirtschaftserfolg.

Eine der allerersten Grundvoraussetzungen der Leistungswirtschaft ist deshalb eine sachgemäße betriebswirtschaftliche Einrichtung des Unternehmens. Je größer die Arbeitsteilung wurde, um so unerläßlicher wurde diese — manchmal noch heute vernachlässigte und mißverständene — Voraussetzung eines echten wirtschaftlichen Erfolges. Man trifft heute noch hier und da auf die Meinung, daß eine gute kaufmännische und technische Leitung des Unternehmens genüge, und daß alles andere Firlefanz sei. Wie verhängsvoll diese Einstellung ist, habe ich in dem Aufsatz „Besuch bei Ford“ in Nr. 5 vom 1. März d. J. angedeutet. Das, was hier gemeint ist, kann allgemein umschrieben werden mit „Selbstkostenproblem“. Leistungswirtschaft ist praktisch ohne richtige und nachhaltige Selbstkostenregelung nicht durchführbar, ja nicht denkbar.

Auch wer den hier geäußerten Gedanken nicht folgen will, wird doch darin beistimmen, daß nichts unserer Industrie heute mehr not tut als klare Erkenntnis ihrer eigenen Lage.

Nach der grundsätzlichen Umstellung der Wirtschaftspolitik auf den nationalwirtschaftlichen Gedanken lebt die deutsche Wirtschaft heute im wesentlichen von einer Binnenkonjunktur, die sie den heroischen Anstrengungen der Reichsregierung verdankt. Diese Binnenkonjunktur ist nur dadurch möglich geworden, daß das Reich den sogenannten öffentlichen Sektor der Wirtschaft, d. h. die staatliche Wirtschaft und die unmittelbar vom Staat in Gang gehaltenen Teile der Privatwirtschaft, erweitert und vertieft hat. Das ist im wesentlichen geschehen durch Erweiterung der öffentlichen Betätigung in der Wirtschaft, durch öffentliche Aufträge aller Art und durch weitgehende und laufende Investierung öffentlicher Mittel in der Wirtschaft selbst.

Es darf dabei niemals vergessen werden, daß dieses Verfahren nur aus der Not geboren und keinesfalls Selbstzweck, sondern lediglich als Mittel zum Zweck gedacht und gemeint ist. Ausschlaggebender Zweck dieses Verfahrens war und ist die sogenannte Initial-Zündung, d. h. der Versuch, auf diesem mittelbaren Wege den privaten Sektor der Wirtschaft, insbesondere durch Konsumanregung, wieder in Gang zu bringen. Der Führer und Reichskanzler hat in wiederholten und grundsätzlichen Kundgebungen, so zuletzt im Reichstag, keinen Zweifel an diesem Sachverhalt gelassen. Dasselbe hat der Reichsbankpräsident und stellvertretende Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht in eindringlichster Weise immer wieder öffentlich kundgegeben.

Es darf also niemand vergessen, daß echte Wirtschaftsgesundung erst dann erreicht ist, wenn der private Sektor wieder in selbsttätigen Lauf kommt und wenn er wächst. Denn der öffentliche Sektor kann ja schließlich auf Kosten des privaten Sektors, von dem er lebt, wachsen, und das Ende eines als Selbstzweck gedachten Verfahrens der laufenden Erweiterung des öffentlichen Sektors könnte ja nur die völlige Aufsaugung des privaten Sektors, damit aber das Ende einer selbständigen Wirtschaft selbst sein. Das ist schon deshalb so, weil selbstverständlich kein Staat materiell etwas geben kann, was er nicht vorher genommen hat. Kein anderer als der Führer und Reichskanzler hat das, worum es sich handelt, in seiner letzten Reichstagsrede vom 21. Mai 1935 in folgende Worte gekleidet:

„Jeder Planwirtschaft folgt nur zu leicht die Verbürokratisierung und damit die Erstickung der ewig schöpferischen privaten Einzelinitiative. Wir können also im Interesse unseres Volkes nicht wünschen, daß durch eine dem Kommunismus sich nähernde Wirtschaft und der damit bedingten Einschläferung der Produktionsenergien die mögliche Gesamtleistung unserer vorhandenen Arbeitskraft vermindert wird und somit der allgemeine Lebensstandard statt eine Verbesserung erst recht eine Verschlechterung erfährt. Diese Gefahr wird noch erhöht durch die Tatsache, daß jede Planwirtschaft nur zu leicht die harten Gesetze der wirtschaftlichen Auslese der Besseren und der Vernichtung der Schwächeren aufhebt oder zumindest einschränkt zugunsten einer Garantierung der Erhaltung auch des minderwertigsten Durchschnitts auf Kosten des höheren Fleißes und Wertes und damit zu Lasten des allgemeinen Nutzens. Wenn wir also trotz solcher Erkenntnisse diesen Weg beschritten haben, dann geschah es unter dem härtesten Zwang der Notwendigkeit!“

Jedenfalls ist damit gesagt, daß die deutsche Industrie alle und jede Anstrengung machen muß, um sobald als nur möglich wieder ohne staatliche Krücken und öffentliche Prothesen laufen zu lernen. Aus alledem ergibt sich aber weiter, daß eine einseitige Verlagerung der gesamten Wirtschaft auf den Binnenmarkt früher oder später ihr Ende haben muß. Eine einseitige Verlagerung der gesamten Wirtschaft auf den Binnenmarkt würde auf die Dauer genau so falsch und verhängnisvoll sein, wie es die einseitige Einstellung auf den Weltmarkt war, die wir von 1924—1931 gehabt haben und an deren zerstörenden Folgen wir heute noch

leiden. Unter einer sogenannten Autarkie, die mit Nationalwirtschaft durchaus nichts zu tun hat, könnte Deutschland nicht leben.

Schon heute liegen die Dinge nun so, daß sich die binnenländische Konjunktur nicht durchhalten läßt, wenn nicht eine Steigerung des Exports ermöglicht wird. Um den bisher erreichten Aufbau aus eigenen Kräften zu garantieren, muß unter allen Umständen ein Ausgleich der Handelsbilanz, ja ihre Aktivierung erreicht werden. Auch hier tritt die Reichsregierung in steigendem Maße als Warner und Mahner auf.

Auch eine Steigerung der Ausfuhr, und gerade sie, ist aber nur möglich bei völliger Klarheit über die eigenen inneren Wirtschaftsbedingungen im allgemeinen und über die betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten im besonderen. Diese Erkenntnis ist aber überhaupt nur zu gewinnen bei einem geregelten Selbstkostensystem.

Nun liegen die Dinge tatsächlich so, daß noch immer manche Wirtschaftler nur den relativen Stand ihrer Selbstkosten beachten. Sie vergleichen also ihre Selbstkosten etwa mit den zurzeit erreichbaren Verkaufspreisen und sind bei jedem Wirtschaftsabschluß zufrieden, wenn sie dabei nachträglich einen ausreichenden Uberschuß feststellen. Sie begnügen sich also mit dem relativen Ergebnis, daß die am Schluß einer Wirtschaftsperiode gezogenen Selbstkosten hinter dem Erzeugungspreis scheinbar zurückgeblieben sind. Sie sind zufrieden, wenn sie scheinbar „Geld verdient haben“, ohne sich klar zu machen, daß dieses Geldverdienen unter Umständen nur eine Auflösung von Reserven und Beständen bedeutet. Sie weisen als „Männer der Praxis“ jeden betriebswirtschaftlichen Einwand als theoretische Quacksalberei zurück — und ahnen nicht, daß sie bereits überholt sind. Die organisatorische Entwicklung der Fabrikation, auf der die Selbstkosten beruhen, geht durchaus ihre eigenen Wege. Es gibt immer noch Fabrikanten, die der Frage der Selbstkostenverteilung und der Selbstkostenreduktion nicht die genügende Aufmerksamkeit schenken, weil sie das als bewährte Kaufleute oder Techniker nicht nötig zu haben glauben, — bis sie dann eines Tages plötzlich überholt sind durch einen in der Stille hochgekommenen Konkurrenzbetrieb, der zunächst eine Zeitlang „nichts verdiente“, weil er auf neuer technischer Grundlage lediglich mit seiner innerbetrieblichen Entwicklung beschäftigt war und nun mit einem Male zu großer wirtschaftlicher Entwicklung ausholt und die Eingerosteten mit einem Schlage überholt.

Es handelt sich auch nicht darum, daß man versucht, die Selbstkosten immer den möglichen Verkaufspreisen anzupassen, sondern die Selbstkosten müssen auf den möglichst niedrigen Stand gebracht werden, d. h. es muß der Grundsatz vom „absoluten Minimum der Selbstkosten“ durchgeführt werden. Ich verweise zu alledem und zum folgenden auf die Standardwerke von Heidebroek „Industriebetriebslehre“ (Verlag Springer), dessen grundlegenden Ausführungen hier im wesentlichen gefolgt wird; von Hennig „Betriebswirtschaftliche Lehre der Industrie“ und „Einführung in die betriebswirtschaftliche Organisationslehre“ (Verlag Springer) und auf die wertvollen Arbeiten des „Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit“.

(Fortsetzung im nächsten Heft.)